

Wöchentlich 70 Pfg., monatlich 2.00 M., im voraus zahlbar. Vierteljahr 4.75 M., einjährig 17.00 M., Auslandsendungsmehr 3.00 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Sonderausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Sonderbeilage“, „Welt und Zeit“ und „Kampferwartung“ fernere „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrer“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Berater“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag  
29. März 1928  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampferwartung des 40. Jahrestages des Reichstags „Kleine Anzeigen“ des Reichstags (Wort 25 Pfennig) (täglich zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Einmalige Anzeigen des Reichstags (Wort 15 Pfennig) jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, Montag bis 6 Uhr, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Ebnhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 100, Berlin SW 68.

## Lohnzulage für Gemeindearbeiter.

### Beschlüsse des Berliner Magistrats.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit:  
„Der Magistrat hat beschlossen: a) Die Löhne der städtischen Arbeiter im Voll-Lohnalter werden mit Wirkung vom 2. April d. J. um 6 Pf. und ab 1. Oktober d. J. um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Die Stundenlöhne aller übrigen Arbeitskräfte erhöhen sich vom gleichen Tage im bestehenden Verhältnis. Diese Löhne gelten bis 31. März 1929. b) Das Voll-Lohnalter der städtischen Arbeiter wird vom 2. April d. J. ab von 24 Jahre auf 21 Jahre herabgesetzt. c) Straßeneiniger sind vom 2. April d. J. ab nach vierjähriger Beschäftigung als angelernte Arbeiter nach Lohngruppe 2, Baggerer als angelernte Arbeiter mit besonderer Tätigkeit nach Lohngruppe 3 zu entlohnen. d) Die Gewährung des 48fachen Handwerkerstundenlohnes als Wochenlohn wird vom gleichen Zeitpunkt auf die Kraftfahrer der Straßenreinigung ausgedehnt. e) Die Bestimmungen über die Gewährung von Kinderbeihilfen an städtische Arbeiter werden hinsichtlich der Einkommensgrenze für Kinder mit eigenem Verdienst, für die Kinderbeihilfe beansprucht werden kann, vom 2. April d. J. den Beamtenbestimmungen angepaßt. f) Die beantragte Umbezeichnung der

Lohngruppen als Lohngruppen 1, 2 usw. unter Fortlassung der bisherigen Bezeichnungen als ungelernete, angelernte usw. Arbeiter wird abgelehnt. g) Den städtischen Gesellschaften wird empfohlen, ihre Lohnhöhungen in demselben Ausmaße zu vermindern.“  
Mit diesen Beschlüssen ist der Magistrat zwar den Forderungen der Gemeindearbeiter nicht in allen Punkten beigetreten, die Zugeständnisse sind jedoch sehr bemerkenswert, besonders wenn man berücksichtigt, daß seit der letzten Lohnregelung eine außerordentliche Zulage von 5 Pf. gewährt worden ist.  
Man muß auch die mäßige Finanzlage der Stadt Berlin in Rücksicht ziehen, denn diese Lohnhöhung wirkt sich auf über 60 000 Arbeiter aus. Zu berücksichtigen ist weiter, daß auch die Herabsetzung des Voll-Lohnalters, die Reueingruppierung der Straßeneiniger und Baggerer usw. gleichfalls praktische Lohnzulagen sind.  
Es wäre also ungerath, wenn man nicht anerkennen würde, daß der Magistrat der Notlage der städtischen Arbeiterschaft in einem Maße entgegengekommen ist, an dem sich die Privatindustrie ein Beispiel nehmen sollte.

## Amnestie und KPD.

### Der Gipfelpunkt des verlogenen Opportunismus.

Als im März 1927 die Fememörder Schulz und Genossen zum Tode verurteilt worden waren, schrieb eine Berliner Zeitung: „Wenn die verurteilten Fememörder erst einmal ihren Kopf gerettet haben, dann werden sie auch nach wenigen Jahren „Ehrenhaft“ die volle Freiheit wiedererlangen. Man kennt dieses Rezept aus Erfahrung.“ Wo war dieser Satz zu lesen? In einem Artikel der „Roten Fahne“ vom 27. März 1927. Die Kommunistische Partei scheint kein richtiges Vertrauen zu der Prophetengabe ihres eigenen Zentralorgans zu haben. Infolgedessen hat die kommunistische Reichstagsfraktion sich selbst darum bemüht, die Zuchthausstrafen, zu denen die Fememörder begnadigt wurden, in Ehrenhaft umzuwandeln und ihnen die Wiedererlangung der Freiheit in wenigen Jahren zu ermöglichen.

Die Sozialdemokratie ist stets für eine weitgehende politische Amnestie eingetreten. Ueber die Grenzen, die ihr zu stecken sind, kann man gewiß verschiedener Meinung sein. Aber darüber ist ein Streit nicht möglich, daß das Verhalten der Kommunisten in der Frage der Amnestie den Gipfelpunkt der Verlogenheit und der Feigheit darstellt. Die Kommunisten geben vor, daß ihre Aktion von dem glühenden Wunsch bestimmt wird, die proletarischen Gefangenen zu befreien. In Sowjetrußland befinden sich Tausende politischer Gefangenen in furchtbaren russischen Kerker. Der 10. Geburtstag hat zur Amnestierung einer großen Zahl gemeiner Verbrecher geführt, aber an die Begnadigung auch nur eines einzigen der vielen sozialdemokratischen Arbeiter, die durch Sowjetgerichte ihrer Freiheit beraubt waren, haben Stalinisten nicht gedacht, und die deutschen Bolschewisten haben es nicht gewagt, sich auch nur mit einem Worte für diese Männer und Frauen zu verwenden. Es ist eine Lüge, wenn sie jetzt so tun, als ob das Mitgefühl mit den gefangenen deutschen Kommunisten, die sie durch unsinnige Parolen ins Unglück gestürzt haben, Veranlassung zu ihrer Aktion gegeben hätte. Kommunistische Gefangene gibt es seit Jahren, ohne daß die KPD in den letzten vier Jahren auch nur einen ernsthaften Schritt zu ihrer Haftentlassung unternommen hätte. In jedem Amnestierungsantrag schloß sie alle Personen von der Begnadigung aus, die sich an Wortdaten oder Mordverurteilungen der Schwarzen Reichswehr, der Organisation „Consul“ oder der Bayerischen Einwohnerwehr als Täter, Anstifter, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt hatten. Nun kann man selbstverständlich gewisse Kategorien strafbarer Handlungen von einer Amnestie ausnehmen. Aber es ist unmöglich, Arten von Verbrechen in sie einzubegreifen, wenn sie von Angehörigen einer Linkspartei begangen sind, sie aber von der Gnade auszuschließen, wenn sie von Kobyachern oder Wikingern verübt sind. Man mag die Intelligenz der Kommunisten noch so gering bewerten, das ist ihnen klar gewesen. Sie wußten, daß sich für ihren Antrag im Reichstage niemals eine Mehrheit finden würde. Daraus ergibt sich, daß sie gar nicht von dem Willen beseelt waren, ihre Opfer zu befreien. Ihre Sorge galt lediglich agitatorischen Interessen.

Jetzt steht das Ende des Reichstages bevor und damit rückt der Zeitpunkt heran, in dem nach einem Beschluß der bisherigen Regierungsparteien vom 9. Dezember vorigen Jahres die Verfassung der der Zentrale angehörenden Mitglieder der Kommunistischen Partei, der Abgeordneten Stöcker, Roenen, Kemmle, Hedert, Hörnle und Pfeifer, die für die Ereignisse des Jahres 1923 unter dem Gesichtspunkt des Hochverrats verantwortlich gemacht werden, zulässig würde. Die Sozialdemokratie hat diesen Beschluß leidenschaftlich bekämpft und sie ist nach wie vor der Auffassung, daß dieser Prozeß gegen die Zentrale überflüssig ist. Was sich im Jahre 1923 zugetragen hat, gehört der Vergangenheit an. Der Deutschen Republik droht heute von den Kommunisten keine Gefahr mehr, sie sollte deshalb das Verfahren gegen die kommunistischen Führer niederschlagen und ihre verurteilten Anhänger, die durch keine Immunität geschützt waren, begnadigen. Die Amnestierung der Kapprebelln, die die Republik im Jahre 1919/20 zu stürzen suchten, muß die Amnestierung derjenigen, die im Jahre 1923 das gleiche Ziel erstrebten, zur logischen Folge haben. Es ist sicher, daß die Sozialdemokratie in kurzer Zeit einen ihren Anschauungen entsprechenden Gnadenakt durchsetzen wird und ebenso gewiß ist es, daß dieser Akt sich nicht auf das Jahr 1923 beschränkt. Auch Max Höls und die in den Jahren nach Beendigung der Inflation verurteilten Kommunisten können sich darauf verlassen, daß ihr Schicksal bei der Sozialdemokratie gut ausgehen wird. Wir sind eben keine Bolschewisten, und deshalb lehnen wir es ab, unsere politischen Gegner, die im Kampf erlegen sind, zu quälen.

Aber die 6 kommunistischen Führer, die bisher dank der Sozialdemokratie vor der Notwendigkeit bewahrt geblieben sind, sich vor Gericht verantworten zu müssen und ihrer Freiheit beraubt zu werden, haben eine jämmerliche Angst davor, auch nur für kurze Zeit das Schicksal ihrer

## Frontwechsel in Warschau.

### Pilsudskis Regierungsbloc nähert sich der Rechten.

Warschau, 28. März. (Eigenbericht.)

Im Sejm hat sich nach der Mittwoch-Session der Abgeordneten des Regierungsblocks eine paradoxe Situation ergeben. Während die Linksparteien ihren oppositionellen Standpunkt gegenüber der Regierung durch die Wahl Daszynskis zum Sejmarschall noch bekräftigten, haben die Abgeordneten des Regierungsblocks, also die Leute, die die parlamentarische Vertretung der Regierung bilden, beschlossen, nun ihrerseits in Opposition gegenüber dem Sejmpräsidium zu treten, um auf diese Weise gegen die nicht erfolgte Wahl des Kandidaten Pilsudskis zu protestieren. Sie nahmen daher an der am Mittwoch nachmittags stattgefundenen Wahl der stellvertretenden Marschälle nicht teil. Diese Aemter wurden daher unter die 5 stärksten Parteien verteilt, mit dem Ergebnis, daß folgende Abgeordnete zu Vizemarschällen gewählt wurden: Dr. Marek (Soj.), Wozniak (Bauernpartei „Bestellung“), Dombiski (Bauernvereinsung), Fürst Szytwonyski (Nat.-Dem.) und als Vertreter der Minderheiten der Ukrainer Schastkewicz.

In der gleichen Sitzung ist es zu einer bemerkenswerten Abstimmung gekommen. Von radikaler Seite wurde beantragt, die Regierung um Aufklärung über zahlreiche Wahlterrorakte in den Ostgebieten zu ersuchen. Für den Antrag stimmten die Linksparteien mit den Sozialisten an der Spitze sowie die Minderheiten. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen des Regierungsblocks und der Rechten abgelehnt. Das Bündnis des Regierungsblocks mit der von der Regierung angeblich bekämpften Rechten scheint sich also bereits vollzogen zu haben.

Die deutschen Sozialisten, die bei den Wahlen befanntlich gemeinsam mit den polnischen Sozialisten gegangen sind, haben beschlossen, eine eigene Fraktion im Parlament zu bilden, wobei ihnen jedoch von Seiten der PPS. die Teilnahme an einzelnen Kommissionen zugesichert worden ist.

Die Wahl des Führers der PPS., Ignaz Daszynski, zum Sejm-Marschall, d. h. zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses, bedeutet für Pilsudski eine schwere persönliche Niederlage. Sie hätte diesen Charakter nicht gewonnen, wenn nicht der Diktator versucht hätte, mit der Drohung, das neue Parlament sofort wieder aufzulösen, die Wahl des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bartel zu erzwingen. Wäre dieser Einschüchterungsversuch unterblieben, dann würde die Wahl eines Sozialdemokraten zum Präsidenten für die Regierung zwar recht unangenehm gewesen sein, aber sie hätte dem persönlichen Prestige Pilsudskis nur geringen Abbruch getan. Der Diktator hätte darauf hinweisen können, daß der neue Parlamentspräsident ein langjähriger Freund von ihm ist, der noch vor wenigen Jahren sogar eine sehr warme Pilsudski-Biographie verfaßt hat. Jetzt aber trägt diese Wahl den Charakter einer sensationellen Demonstration gegen das persönliche

### Regiment Pilsudskis für die parlamentarische Demokratie.

Wie wird nun Pilsudski auf diese Niederlage reagieren? Bei seiner maßlosen, ja pathologischen Eitelkeit muß man auf alles gefaßt sein. Wird er seine Drohung mit der Auflösung des neuen Parlaments wahr machen? Manche Anzeichen sprechen dafür, z. B. der Kommentar der offiziellen „Epoca“, wonach die Regierung sich diese Demonstration nicht gefallen lassen könne. Aber der Verlauf des gestrigen Tages spricht eher dafür, daß Pilsudski einlenken wird.

Allerdings ist es schwer denkbar, daß das gestern in die Erscheinung getretene Zusammengehen zwischen dem Regierungsbloc und der Rechten von Dauer sein wird. Gegen die Rechte hat Pilsudski im Mai 1926 gepöpselt, vor allem gegen die Rechte hat er den Wahlkampf geführt, dessen Hauptziel für ihn die Zertrümmerung der Rechtsparteien war, die ihm auch in starkem Maße gelungen ist. Eine Veröhnung Pilsudskis mit der Reaktion würde für ihn, nach alledem, was vorangegangen ist, eine noch viel schlimmere Demütigung sein als die Niederlage von Bartel am Dienstagabend.

Deshalb bleibt die Krise, die durch die Wahl Daszynskis hervorgerufen wurde, nach wie vor sehr ernst. Wird Pilsudski seine Drohung doch wahr machen wollen, wird er versuchen, durch Neuwahlen unter noch brutalerem Terror als bei den seeben stattgefundenen ein willfährigeres Parlament zustandezubringen? Das dürfte ihm kaum gelingen. Der Regierungsbloc verfügt zur Zeit nur etwa über ein Drittel der Mandate und selbst ein gesteigerter Wahlterror würde aus dieser Minderheit keine tragfähige Mehrheit machen können.

Was bleibt Pilsudski sonst noch übrig? Will er das Parlament gänzlich ausschalten, also nach rein faschistischen Methoden regieren? Bei seinem Eigensinn und seiner militaristischen Denkweise ist das durchaus denkbar. Aber es wäre ein außerordentlich gefährliches Experiment, das er wagen würde, wenn er den Mussolini spielen wollte. Das faschistische Abenteuer ist in Italien gescheitert, es hat sich in den letzten 5 1/2 Jahren durchgesetzt, ob aber das Regime Mussolinis angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich noch lange wird behaupten können, bleibe dahingestellt.

Indessen ist Italien ethnographisch ein fast homogenes Land. Polen dagegen ist ein Nationalitätenstaat, in dem die nationalen Minderheiten rund 33 Prozent der Bevölkerung bilden. In einem solchen Staat, dessen wirtschaftliche und finanzielle Lage keineswegs rosig ist und der mit fast allen seinen Nachbarn auf gespanntem Fuße lebt, eine militarisch-faschistische Diktatur aufzurichten zu wollen, wäre ein glatter Wahnsinn. Macht Pilsudski seine Drohung wahr, dann treibt er mit dem Schicksal seines Landes ein Banquet-Spiel gefährlicher Art. Aus dem „Ketter“ Polens könnte dann sehr leicht der Totengräber Polens werden!

verurteilten Parteigenossen zu teilen, die die Sozialdemokratie bisher nicht hat schützen können. Die Furcht der Stöcker und Genossen hat sie jedes Gefühl für Würde verlieren lassen. So und nur so erklärt es sich, daß sie jeden Preis zu zahlen bereit sind für ihre eigene Sicherung.

Die Deutschnationalen waren bisher stets entschiedene Gegner jeder neuen Amnestie. Den Gedanken, eine solche zu erlassen, führten sie höhnend auf einen Amnestiefanatimus zurück. Nun aber, wo es gilt, die Subjekte zu befreien, die in der Mark, in Mecklenburg, in Oberschlesien unglückliche Menschen in Viehweise abgeschlachtet haben, waren sie für den Amnestiegedanken gewonnen. Die Begnadigung der Kommunisten waren sie bereit in Kauf zu nehmen, wenn auch die Fememörder begnadigt wurden. Die Kommunisten gingen sofort auf die deutschnationalen Wünsche ein. Sie nahmen ihren Antrag, die Morde und Mordverschwörungen von Angehörigen der Rechtsorganisationen auszuschließen, zurück. Sie waren mit der Einbeziehung auch dieser Straftaten in die Amnestie einverstanden, so sie stimmten sogar für die Niederschlagung aller noch anhängigen Mordverfahren gegen Männer der Rechte, was die Amnestierung z. B. der Mörder Erzbergers zur Folge gehabt hätte. Als sich dann für die deutschnational-kommunistischen Anträge keine Mehrheit fand, bemühten sich die Kommunisten, die Prophezeiung der „Roten Fahne“ vom 27. März wörtlich zu verwirklichen, also die Zuchthausstrafen der Fememörder in „Ehrenhaft“ umzuwandeln und ihnen in absehbarer teilweise sogar recht nahe Zeit, zur Wiedererlangung der vollen Freiheit zu verhelfen. Die Hafenkreuzer, die in Stärke von 600 Mann einige 20 Kommunisten auf dem Bahnhof Lichterfelde überfallen und brutal mißhandelt haben, sollten nach dem Willen der Kommunisten von jeder strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreit werden. Schmelzer — Vater und Sohn — hätten nur noch kurze Zeit auf einer Fesselung zu warten brauchen, bis sie mit der Abschließung von Reichsbannerleuten wieder beginnen könnten.

Einem solchen Amnestiegesetz konnte die Sozialdemokratie nicht zustimmen, denn die Deutsche Republik ist gegen die Gefahren von rechts nicht entfernt so gut geschützt wie gegen die von links. Der Briefwechsel zwischen Ehrhardt und seinen Getreuen, das Versprechen des württembergischen Staatspräsidenten Bazille, den Berufsputzschiffen Ehrhardt finanziell zu unterstützen, beweisen, daß die Rechtsverschwörer, wenn sie auch äußerlich zurückhaltender geworden sind, ihre umstürzlerischen Absichten nicht geändert haben. Wir haben nicht die Aufgabe, die Verschwörerorganisationen auf der Rechten mit der Ueberzeugung zu erfüllen, daß ihre Unternehmungen durchaus risikolos sind. Das aber wäre die Wirkung ihrer Amnestierung gewesen.

### Kommt Zeit, kommt Amnestie!

Die „rote Fahne“ entrüstet sich über die Verschleppungskünste im Lichterfelde-Prozess. Mit bitterem Hohn charakterisiert sie die Taktik der Hafenkreuzer: „Kommt Zeit, kommt Amnestie.“

Kommt Zeit, kommt Amnestie — von den Kommunisten, die gemeinsam mit den Deutschnationalen die Fememörder, die beiden Schmelzer und die Strothe von Lichterfelde amnestieren wollten!

Die Hoffnung der Völkischen von Lichterfelde waren — die Kommunisten.

### Abgeordnete werden gekauft.

#### Angebote an den Bayerischen Industriellenverband.

Der Bayerische Industriellenverband sammelt seit dem 1. Februar einen Wahlfonds an. Auf der Tagung des Verbandes in München teilte der Geschäftsführer mit, daß von den 2160 Mitgliedern bisher 240000 M. Wahlgelder eingegangen sind. Dieses Geld wird zur Unterstützung derjenigen Kandidaten der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf ausgegeben, die für die Interessen der Industrie einzutreten bereit sind und dabei insbesondere Verständnis für die Erfordernisse einer gesunden, nationalen Wirtschaftspolitik haben. Es wird nicht zugunsten einzelner Parteien, sondern nur im Interesse der Industrie verwendet.

Es werden also mit Hilfe dieses Fonds Abgeordnete gekauft, die als finanzierte Vertrauensmänner des Industriellenverbandes in das Parlament einziehen sollen.

Es fehlt nur noch die Aufforderung: Kandidaten, die sich verkaufen wollen, belieben ihr Bewerbungsschreiben einzureichen.

### Wirth auf der Reichsliste.

#### Ein Uebereinkommen Marx, Stegerwald, Wirth.

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger teilt mit:

In einer Besprechung, die am Mittwochabend unter Mitgliedern des Parteivorstandes des Zentrums stattfand, an der u. a. Reichsanwalt Dr. Marx, der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages Stegerwald und Dr. Wirth teilnahmen, kam man, wie wir hören, überein, dem Reichsparteivorstand des Zentrums die Aufstellung Dr. Wirths als Kandidaten auf der Reichsliste des Zentrums zu empfehlen.

### Windthorstbünde für Wirth.

Die erweiterte Vorstandssitzung des Provinzverbandes der Windthorst-Bünde Berlin-Brandenburg hat folgenden Beschluß gefaßt: Der Vorstand nimmt mit großem Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth in seiner Heimat Baden als Reichstagskandidat nicht mehr aufgestellt worden ist. Dr. Wirth darf im kommenden Reichstag nicht fehlen. In Verfolg der Politik der Berliner Zentrumsfraktion ist es unsere Pflicht und Aufgabe, Dr. Wirth als den Vertrauensmann des Berliner Zentrums in den Reichstag zu schicken. Die Windthorst-Bünde erwarten daher, daß Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth als Spitzenkandidat der Berliner Zentrumsfraktion genannt wird. (An zweiter Stelle wurde Dr. Epicker genannt.)

Bücherei darf der Deutsche — nach Nicaragua! Zwischen dem Deutschen Reich und Nicaragua ist ein Abkommen über die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges im Verkehr zwischen beiden Ländern abgeschlossen worden, das am 1. April d. J. in Kraft tritt.

# Die Amnestie im Rechtsausschuß.

## Die Deutschnationalen stimmen gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil er die Kommunisten begünstigt. — Die Kommunisten stimmen für den Antrag.

Der Rechtsausschuß des Reichstages führte in seiner gestrigen Sitzung die Beratungen des Amnestiegesetzes zu Ende. Abg. Höflein empfahl einen kommunistischen Antrag auf Amnestierung aller aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten. Ausgeschlossen soll nach diesem Antrage vollendeter Mord oder versuchter Mord oder Totschlag und Teilnahme an einer solchen Straftat sein, doch sollen wegen dieser Straftaten festgesetzte Strafen in Fesselung umgewandelt werden, und zwar auf ein Drittel bzw. auf die Hälfte der gesetzlichen Höchstdauer zeitlicher Freiheitsstrafen. Der kommunistische Redner griff die sozialdemokratische Fraktion an und behauptete, sie wolle eine Amnestie überhaupt zu Falle bringen.

Genosse Rosenfeld widerlegte diese kommunistische Behauptung, indem er folgenden sozialdemokratischen Antrag verlas:

„Es wird Straferloß gewährt für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht verbüßten Strafen, die von Gerichten des Reiches und der Länder verhängt wurden wegen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. Der Straferloß erstreckt sich auch auf Nebenstrafen, Sicherungsmagnahmen, rückständige Geldbußen und Kosten. Ausgeschlossen von der Straferloß sind vollendeter oder versuchter Mord oder Totschlag oder Teilnahme an einer solchen Straftat.“

Genosse Landsberg wies darauf hin, daß die Kommunisten selbst früher in ihren Amnestieanträgen die Fememörder ausgenommen hätten. Die Hunderte proletarischer Gefangener, in deren Interesse Höflein angeblich gesprochen habe, seien der Sozialdemokratischen Partei durchaus nicht gleichgültig. Unser Antrag beweise gerade, daß wir für sie die größten Sympathien hätten, und wir würden in der Durchsetzung der Amnestie trotz aller Anpöbelungen durch die Kommunisten nicht erlahmen, bis eine Amnestie, welche die proletarischen Gefangenen befreie, erreicht sei. Die Verachtung gegen die Verführer habe unter Interesse für die proletarischen Gefangenen noch vergrößert. Aber die sozialdemokratische Fraktion könne nicht jede Amnestie annehmen, sie könne nicht der Niederschlagung der Mordverfahren zustimmen und auch nicht der so weitgehenden Strafmilderung, wie sie die Kommunisten verlangten. Man denke nur an den Arensdorfer Fall: Reichsbannerleute seien durch ein Dutzend gezogen, plötzlich sei in sie hineingeworfen worden und zwei Reichsbannerleute hätten sich in ihrem Blute gewälzt und seien an den Verletzungen zugrundegegangen. Die beiden Täter seien bestraft, der eine mit fünf Jahren, der Anstifter mit anderthalb Jahren Zuchthaus.

Für den Anstifter habe die Völkische Freiheitspartei sogar noch 40000 Mark als Ehrengabe gesammelt. Wenn nun keine Verurteilung in sechs Monate Fesselung umgewandelt würde, so würde er das Geld in Empfang nehmen und sich sagen, solche Straftat könne man noch einmal machen.

Auf dem Bahnhof Lichterfelde seien Kommunisten von Hafenkreuzern überfallen worden. Witten in das deshalb schwebende Gerichtsverfahren würde die Nachricht hineinfliegen, daß die Täter amnestiert seien. Das könne man nicht verantworten. Wenn man die Amnestierung der proletarischen Gefangenen nur durch die Am-

nestierung von vielen hochwürdigen Taten erreichen könne, so wäre es äußerst bedenklich, auf eine solche Amnestierung einzugehen. Die Sozialdemokratie müsse ein solches Gesetz ablehnen, in der festen Ueberzeugung, daß es ihr in kurzer Zeit gelingen werde, ein vernünftiges Amnestiegesetz zustandezubringen.

Abg. Wunderlich erklärte für die Deutsche Volkspartei, daß kein Grund sei, jetzt eine Amnestie zu machen. Ein Amnestiegesetz wie das vorgeschlagene würde keine Beiriedung bringen, deshalb sei die Deutsche Volkspartei gegen die Amnestie. Abg. Schulte führte aus, daß das Zentrum keinen Anlaß sehe, jetzt ein Amnestiegesetz zu beschließen, so kurze Zeit nach der letzten Amnestie von 1923. Der kommunistische Amnestieantrag gehe auch viel zu weit, weil er auch die Urteile der Ländergerichte umfassen solle. Das Zentrum könne der Amnestie auch deshalb nicht zustimmen, weil sie nicht gleichmäßig rechts und links behandle und deshalb eine wirkliche Beiriedung nicht bringen könne. Das Zentrum werde gegen jede Amnestie stimmen. Abg. Hampel erklärte für die Wirtschaftspartei, daß die Mehrheit seiner Fraktion dem Amnestiegesetz zustimmen würde, wenn die Urteile der Ländergerichte herausgenommen würden. Abg. Lehmann erklärte,

daß der sozialdemokratische Amnestieantrag für die Deutschnationale Partei unannehmbar sei, weil er nur nach links wirken würde. Nur der kommunistische Antrag sei für die Deutschnationalen annehmbar.

Abg. Barth (Dnat.) fügte hinzu, daß die Sozialdemokratie schuld sei, wenn kein Amnestiegesetz zustandekomme. Abg. Richtofen erklärte, daß die Demokratische Partei im großen und ganzen dem kommunistischen Antrag zustimmen könne, wenn auch die Umwandlung der Zuchthausstrafen in Fesselungsstrafen über das zulässige Maß nicht unerheblich hinausgehe. In einer Umarbeitung dieses Teiles des Amnestiegesetzes würden seine Freunde teilnehmen.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag des Zentrums, die Urteile der Ländergerichte von der Amnestie auszuschließen, gegen Zentrum und Wirtschaftspartei abgelehnt. Abdam wurden die Bestimmungen über den Umfang der Amnestie in der Einzelabstimmung nach den übereinstimmenden sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen angenommen. Bei der Abstimmung über die Umwandlung der wegen Mordtaten festgesetzten Strafen stimmten für den kommunistischen Antrag nur Deutschnationale und Kommunisten. Er war also abgelehnt. Abdam wurde der sozialdemokratische Antrag, alle Mordtaten von der Amnestie auszuschließen, mit allen Stimmen gegen die Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Bei der Gesamtabstimmung über das ganze Amnestiegesetz stimmten nur noch Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten mit ihren zusammen zwölf Stimmen für das Amnestiegesetz, während alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen mit ihren fünfzehn Stimmen das Amnestiegesetz ablehnten. Damit ist das Amnestiegesetz gescheitert.

Bemerkenswert ist, daß auch die Kommunisten in der Gesamtabstimmung für den sozialdemokratischen Antrag stimmten.

### Vor der Reichstagsauflösung.

#### Auch der Landtag macht in dieser Woche Schluß.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß gestern, die dritte Lesung des Notetats am Freitag zum Abschluß zu bringen und den Etat sofort dem Reichsrat zur Stellungnahme zu übermitteln. Die Auflösung des Reichstages wird dann noch am Freitag in einer besonderen Schlußsitzung oder am Sonnabend vollzogen werden.

Auch der Landtag will nach den Beschlüssen seines Vorkonferenzrats seine Beratungen spätestens am Sonnabend abschließen. Die Auflösung erfolgt allerdings nach einem Antrag sämtlicher Parteien, über den am Freitag abgestimmt wird, erst einen Tag vor den Wahlen, am 19. Mai.

### Die Durchführung des Notprogramms.

#### Konstituierung des Ueberwachungsausschusses.

Dem Ueberwachungsausschuß des Reichstages bei der Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms, der aus 28 Mitgliedern besteht, gehören nach den bisherigen Beschlüssen folgende Mitglieder der Reichstagsfraktionen an:

Von der Deutschnationalen Volkspartei die Abg. Thomßen, Bachmann, v. Demitz, Schröder, Berndt, Baeder, Biener; von der Deutschen Volkspartei: Hamtens, Dr. Schneider, Reinalth;

von der Zentrum: Beck-Oppen, Blum, Perlitius, Sonner; von den Demokraten: Dietrich und Freiherr v. Richtofen; von der Bayerischen Volkspartei: Dr. Horiacher; von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Ring.

Die Fraktionen der Sozialdemokraten und Kommunisten werden ihre Vertreter erst heute bestimmen. Der Ausschuß wird sich am Donnerstag konstituieren.

### Rechtsblockregierung und Außenpolitik.

#### Ein Vortrag des Genossen Breitscheid.

Der Republikanische Reichsbund hatte zu gestern Abend in die Räume des Demokratischen Klubs geladen, wo Genosse Dr. Rudolf Breitscheid über das Thema „Rechtsblockregierung und Außenpolitik“ referierte.

Der Redner führte aus, daß der Begriff der Souveränität des Staates, wie er von den rechtsgerichteten Parteien aufgestellt wurde, unersindbar sei mit der Politik, wie sie nach dem Kriege von allen Regierungen eingeschlagen wurde. Ueber dieser Souveränität des Staates steht das Völkerrecht. Dem liegt wohl ein Primat gegenüber dem Staatsrecht zu erkennen ist. Entgegen den Grundrissen der Vorkriegszeit, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik sei, mache sich das Prinzip in der auswärtigen Politik geltend, einen Apparat herzustellen, der die Streitfragen zwischen den Völkern auf friedlichem Wege zu be-

seitigen sucht. Der Völkerbund kann in seiner heutigen Form noch nicht der Ueberstaat sein, der sich über die Souveränität der Völker stellt; die Regierungen in den Ländern sind es, die das langsame oder schnellere Arbeiten des Völkerbundes bestimmen. Die schärfsten Gegner der Rathenauschen und der von den linken Parteien getragenen Politik haben sich bequemen müssen, wie ja nach einem Jahre ihrer eigenen Politik zu übersehen ist, alles das zwingend zu erfüllen, was sie vorher als Erfüllungspolitik verschrien haben. Sie sind gewissermaßen zu einem „Zwangspazifismus“ befehrt worden. Auf der Linie der Erfüllung hat die Rechtsregierung mehr „erfüllt“ als ihre Vorgänger. Man hüte sich, bei irgendeinem Verlangen der Vertragsgegner die Konsequenzen zu ziehen, trotzdem man deutsch-nationale Belange Stück für Stück aufgeben mußte. Mit seiner Ironie sprach der Redner alle die Einzelfälle durch, die von Dawes-Abkommen begonnen, bis zur ober-schlesischen Schlußfrage und der Besatzungsfrage immer ein Nachgeben der deutschnational beeinflussten Regierung gezeigt haben. Wenn die Politik der internationalen Verständigung trotzdem Früchte zeitigte, so hat bestimmt die Rechtsregierung kein Verdienst daran. Die Politik des Rechtsblocks des letzten Jahres hätte den rechtsstehenden Parteien Gelegenheit gegeben, den Beweis zu erbringen, daß unter bisheriges System in der Außenpolitik falsch sei. Diesen Beweis sind sie uns schuldig geblieben.

### Die Zellenkrankheit.

Die Reichsleitung der Linken Kommunisten beruft zum 8. April eine Reichskonferenz ein, auf der der „Lenin-Bund“ gegründet werden soll. Der Zweck des Lenin-Bundes wird in folgenden Sätzen bezeichnet:

„Wir haben Tausende von Genossen in der KPD. Diesen rufen wir zu: Tretet dem Lenin-Bund bei, aber bleibt zugleich Mitglieder der KPD und sorgt mit uns für die Wiedervereinigung aller Kommunisten. Wir fordern alle wirklichen Kommunisten auf, orisgruppenweise, zellenweise, wo nötig, auch als Einzelpersonen, sich dem Lenin-Bund anzuschließen, den Gründungskongreß durch Delegierte zu beschließen und verstärkt den Kampf aufzunehmen.“

Wiso organisierte Zellenbildung in der KPD! Lenin-Bund ist dafür gut gewählt — Spaltung im Namen des großen Spalters!

### Die Uenderung der Tabaksteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages beendete am Mittwoch die Beratung des Initiativgesetzes zur Uenderung der Tabaksteuer. Während die Vorlage der Reichsregierung neben der Verrückung der Steuerbefreiungen auch Eingriffe in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zigarettenindustrie vorah, durch die der übersteigerte Wettbewerb auf ein erträgliches Maß beschränkt wird, bezieht sich das Initiativgesetz der Parteien nur auf die Verrückung der Steuerbefreiungen. Für alle neuen Kredite wird die Steuerbefreiung auf längstens acht Wochen verlängert. Die alten Kredite sind allmählich, und zwar in einer Zeit von 20 Monaten, abzutragen. Das Gesetz tritt am 1. April 1923 in Kraft.

## Hilfe für ältere Arbeitnehmer.

### Vorschläge der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich seit längerer Zeit mit der Frage beschäftigt, durch welche Maßnahmen auf Grund der gegenwärtigen gesetzlichen Möglichkeiten die besondere Notlage der älteren Arbeitnehmer gelindert werden kann. Das Ergebnis dieser eingehenden Beratungen waren eine Reihe von Vorschlägen, mit denen sich der Verwaltungsrat der Reichsanstalt beschäftigte und die seine Zustimmung gefunden haben.

An der Spitze dieser Vorschläge steht der fachliche Ausbau der Arbeitsvermittlung. Durch diesen Ausbau soll eine wirksame Erschließung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten erreicht werden, um so in verstärktem Umfange auf die Unterbringung der älteren Arbeitnehmer hinwirken zu können. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Vorschläge für den Ausbau der Anstellungsvermittlung. Innerhalb der Reichsanstalt soll durch Schaffung von Anstellungsvermittlungsstellen und durch Fachkräfte bei den Landesarbeitsämtern eine einheitliche Organisation für die Anstellungsvermittlung aufgebaut werden, die in räumlicher, fachlicher und personeller Beziehung die Gewähr für eine den sozialen Erfordernissen entsprechende Arbeitsvermittlung bietet.

Zur Förderung der Arbeitsaufnahme ist vorgesehen, daß der Vorliegende des Arbeitsamts Fahrtkosten zwecks Vorstellung beim Arbeitgeber gewähren kann. Das wird für Facharbeiter und Angestellte von Bedeutung sein. Bei der Beschäftigung von Nichtstandsarbeitern sollen in erster Linie ältere Arbeitnehmer berücksichtigt werden.

Für die Unterbringung von Angestellten sind außerdem Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung der stellenlosen Angestellten vorgesehen. Auch soweit Umschulungen für andere Berufe möglich sind und die Unterbringung in anderen Berufen gesichert erscheint, können Mittel der Reichsanstalt dafür in Anspruch genommen werden.

Von besonderer Bedeutung ist noch die Forderung, daß ältere Angestellte bei dem Personalbedarf der Behörden in erster Linie berücksichtigt werden sollen und Vorkahrungen zu treffen sind, daß die Behörden ihren Personalbedarf grundsätzlich bei den zuständigen Arbeitsämtern anfordern. In seiner Denkschrift über die Notlage der älteren Angestellten hat der Reichsarbeitsminister darauf hingewiesen, daß den Behörden auf dem Wege der Verwaltungsanordnung eine bindende Verpflichtung nach dieser Richtung hin auferlegt werden kann, falls Mahnungen zur freiwilligen Beachtung fruchtlos bleiben. Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß ohne Verpflichtung nicht auszukommen ist. Es wird deshalb Aufgabe der Reichsanstalt sein, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Bei der bevorstehenden Schaffung des Unterbaues der Reichsanstalt wird es Aufgabe der Vertreter der Arbeitnehmer in den Organen der Selbstverwaltung sein, dafür zu sorgen, daß die Vorschläge für den fachlichen Ausbau der Arbeitsvermittlung in die Tat umgesetzt werden.

## Langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit

### Der Einfluß des Frostwinters.

Die Arbeitslosigkeit ist — wie amtlich mitgeteilt wird — auch in der ersten Märzhälfte nur in dem gleichen geringen Umfange zurückgegangen wie in den vorhergehenden Wochen; das dürfte in der Hauptsache auf die kalte Witterung zurückzuführen sein, die bis Mitte März angehalten hat. In der Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. März rund 1.200.000 gegenüber 1.237.500 zu Anfang des Monats; sie hat also um rund 37.500 oder um 3 Proz. abgenommen. Der Rückgang machte bei den männlichen Arbeitslosen 3,3 Proz., bei den weiblichen nur 1,1 Proz. aus. Die Krisenfürsorge zeigte für den gleichen Zeitraum nur einen ganz geringen Rückgang von 1,2 Proz. (rund 212.300 Hauptunterstützungsempfänger am 15. März gegenüber 215.000 am 1. März). Die Zahl der Reichsarbeitslosen hat in dem Berichtszeitraum wieder um 4,5 Proz. zugenommen und betrug am 15. März insgesamt rund 70.800; davon entfielen auf Personen, die in der Arbeitslosenversicherung unterstützt worden sind, 53.800, auf solche aus der Krisenfürsorge 17.000.

## Der Schutz der Wahlpropaganda.

Der preussische Minister des Innern hat bereits jetzt eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über die polizeiliche Behandlung der Versammlungen und die Handhabung des Presserechts im Hinblick auf die Wahlen vornehmen lassen.

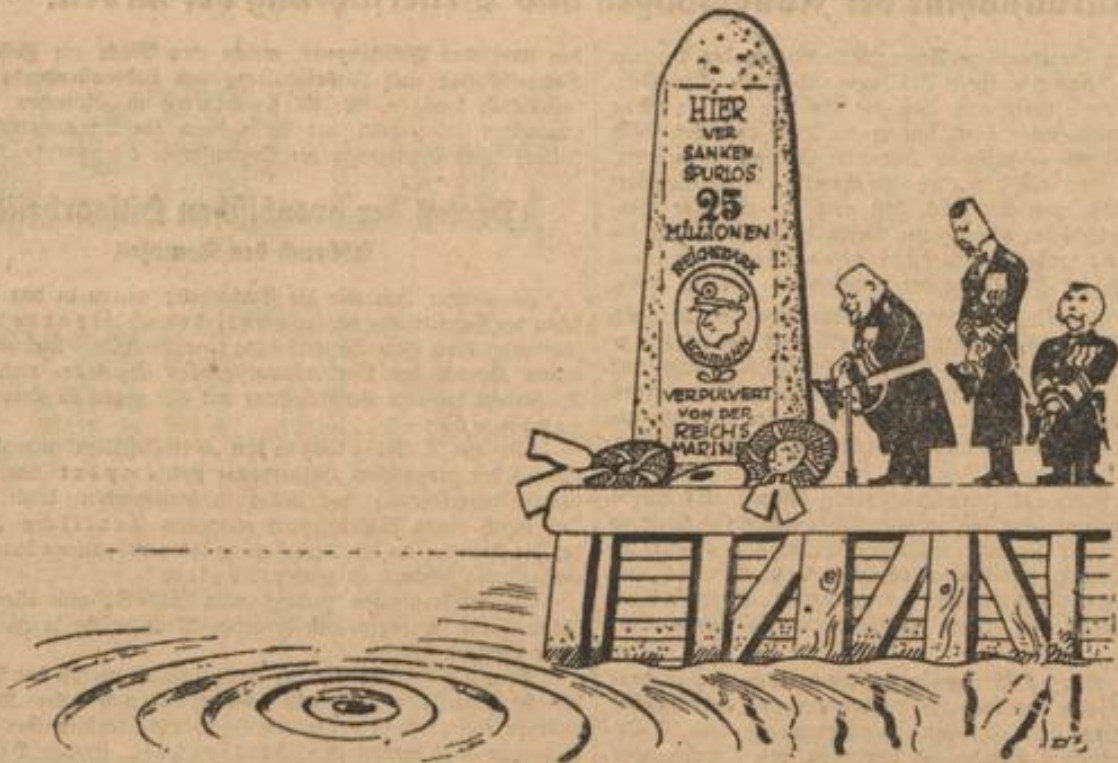
Nach der Reichsverfassung und dem Reichsvereinsgesetz haben alle Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und ohne besondere Erlaubnis zu versammeln. Hieraus folgt für die Polizei die Pflicht, diese Versammlungen zu schützen. Vorbeugende Verbote gegen Versammlungen sind nur dann zulässig, wenn im voraus feststeht, daß es sich um eine unriedliche Versammlung handelt, und zur Verhütung unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Außerdem, wenn in der Versammlung Erörterungen stattfinden, die gegen das Republikanischgesetz verstoßen, und wegen Seuchengefahr.

Das gewerbmäßige Verlesen, Verteilen, Ausrufen und Ausschlagen von Druckschriften oder Bildwerken an öffentlichen Orten bedarf der ortspolizeilichen Erlaubnis. Die nicht gewerbmäßige Verteilung solcher Druckschriften darf nur denjenigen Personen verweigert werden, denen eine Legitimation entgegensteht. Für die Wahlzeit bedarf auch die gewerbmäßige Verteilung von Druckschriften zu Wahlzwecken in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahltages keiner besonderen Erlaubnis.

Gegen Plakate kann die Polizei nur „in den Schranken ihrer allgemein polizeilichen Befugnisse“ einschreiten. Es wird aber ausdrücklich amtlich erklärt, daß jedes Kleinliche, nicht durch zwingende polizeiliche Erwägungen gebotene Einschreiten zu unterbleiben hat.

Die Beschlagnahme von Druckschriften soll in der Regel nur durch den Richter angeordnet werden. Die Polizei soll Druckschriften nur dann beschlagnahmen dürfen, wenn Gefahr im Verzuge ist, wenn die Druckschrift den §§ 6 und 7 des Reichspressgesetzes nicht entspricht, das heißt, wenn Name und Wohnort des Druckers, des Verlegers oder des Verfassers sowie bei Zeitungen des verantwortlichen Redakteurs fehlen. Oder auch, wenn die Druckschrift trotz eines Verbotes verbreitet wird. Ebenso kann die Druckschrift polizeilich beschlagnahmt werden, falls ihr Inhalt gegen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches oder des Republikanischgesetzes verstößt, besonders wenn sie zum Widerstand gegen die Staatsgewalt oder zu Gewalttätigkeiten auffordert. Aber auch hier soll die Beschlagnahme nur dann erfolgen, wenn dringende Gefahr besteht, daß sonst Verbrechen oder Vergehen sich ereignen könnten.

## Ein Mahnmal.



Die Phoebe-affäre soll, wie wir hören, durch Errichtung eines Reichsehrenmals ihren würdigen Abschluß finden.

## Parlamentsfrawall in Prag.

### Regierungskoalition verhöhnt die Opposition.

Prag, 28. März. (Eigenbericht.)

Heute kam es im Senat, der nach zweitägiger Debatte die von der Regierungskoalition beantragte Verschlechterung des Richterlohes überstürzt annehmen mußte, weil das alte Gesetz bereits mit Ende dieses Monats abläuft, zu heftigen Krawallen. Die eigentliche Abstimmung war ruhig verlaufen. Als aber ein Berichterstatter der Mehrheit die oppositionellen Resolutionen ohne ein Wort der Begründung zur Ablehnung empfahl und dabei über das ganze Gesicht lachte, geriet die Opposition, die aus deutschen und tschechischen Sozialdemokraten sowie Kommunisten bestand, in die heftigste Erregung.

Ein Pulsbedeckkonzert setzte ein.

und schließlich stürzte die ganze Opposition vor die Ministerbank und überschüttete von dort aus den Berichterstatter mit den schärfsten Vorwürfen. Wüsten in dem Krawall wurde eine

Schreibmappe gegen den Berichterstatter geschleudert.

Ein Kommunist ermißte einen Ministerstuhl und schwang ihn drohend gegen den Berichterstatter. Der Vorsitzende war machtlos. Es dauerte fast eine Viertelstunde, bis sich die Er-

regung allmählich etwas legte. Auch dann gab es wiederholt noch heftige Krawalle, zuletzt, als der Vorsitzende sein Bedauern über die Vorfälle aussprach und ein eventuelles Einschreiten des Präsidiums gegen einzelne oppositionelle Senatoren ankündigte.

## Vom Putschisten zum Baptisten.

### Wandlungen des lettischen Leutnants Dlin.

Bekanntlich fand vor längerer Zeit in dem kleinen Städtchen Wolmar in Lettland ein nächstlicher Warm der Garnison unter sensationellen Umständen statt, als dessen Urheber sich ein Leutnant namens Dlin herausstellte, der zunächst wegen Verdachts eines geplanten Putsches militärisch-fachpolizeilich verhaftet, später aber als Geisteskrank in der Irrenanstalt interniert wurde. Dlin ist jetzt als geheilt entlassen worden und hat beschlossen, der Sekte der Baptisten beizutreten und einer ihrer Prediger zu werden. Dieser Tage fand in Riga seine Aufnahme und Laufe im Baptistentempel statt. Es hatten sich zahlreiche Reugierige eingefunden, um den Mann zu sehen, der seinerzeit 24 Stunden hindurch das ganze Land in Aufregung versetzt hatte.

## Nuntius Pacelli als Pazifist.

### Eine Rede vor der ausländischen Presse.

Auf einem Festessen des Vereins der ausländischen Presse in Berlin hielt der Nuntius Pacelli, der zugleich Dogen des diplomatischen Korps ist, eine interessante Rede, die durch ein ausgesprochen pazifistisches Bekenntnis von Interesse ist. Der Nuntius sagte u. a.:

„Die seeliche Front der Völker gegen die Unterdrückung des Rechts, gegen die Geißel des Krieges, wird sich erst an dem Tage vollkommen schließen können, da unbeschadet der Wahrung der berechtigten vaterländischen Interessen die Worte des Friedens einmütig und machtvoll aus den Spalten der Weltpresse ertönt. In diesem Kampf, der sittlich höher steht als die Glorifizierung des Krieges, liegt eine der hehrsten Weltbürgeraufgaben, die unsere Zeit zu erfüllen hat. Niemand hat dieser Idee klassischer Prägung verleben, als der große Augustinus: „Ruhvoller ist es, die Kriege mit dem Wort zu lösen, als die Menschen mit dem Schwert; ruhvoller, den dauerhaften Frieden zu schaffen durch den Frieden, nicht durch den Krieg!“

Wenn der Heilige Augustinus diese Worte nicht in einem „barbarischen“ Zeitalter, sondern in einer heutigen Wahlumgebung der Bayerischen Volkspartei gesprochen hätte, so würde er von diesen katholischen Mitbürgern niedergeböhlt, angepöbelt, verprügelt worden sein.

## Strefemann über das Genfer Abrüstungsfiasko.

Nach dem Nuntius ergriff Dr. Strefemann das Wort und besprach in seiner Rede vor allem den Mißerfolg der jüngsten Genfer Abrüstungskonferenz. Er erklärte u. a.:

„Doch in der ganzen Völkerbundspolitik durch den Stand der Abrüstungsfrage eine schwierige Situation entstanden ist, liegt offen zutage. Der Beschluß der vorbereitenden Abrüstungskonferenz kann nur als ein Eingeständnis gedeutet werden, daß man in Genf im Augenblick keine Möglichkeit mehr finde, auch nur den ersten Schritt zur effektiven Durchführung der allgemeinen Abrüstung zu tun. Der verantwortliche Staatsmann ist sich darüber klar, daß solche Probleme nicht von heute auf morgen zu lösen sind, aber im Jahre 1928 kann man nicht mehr von einem heute auf morgen sprechen. Daß die realpolitischen Voraussetzungen für die Erreichung der ersten Etappe schon heute gegeben sind, ist meine feste Ueberzeugung. Trotz dieses ungünstigen Standes der Dinge im gegenwärtigen Augenblick lehne ich es ab, von einem endgültigen Verlassen des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage zu sprechen, weil der Völkerbund in dieser Frage einfach nicht verlassen darf.“

Es ist recht seltsam, daß hier und da versucht wird, den deutschen Anspruch dadurch herabzumindern, daß man ihm lediglich einen moralischen Charakter beimißt. Will man damit sagen, daß moralische Verpflichtungen unter den Völkern weniger

ernst genommen werden können als juristische Verpflichtungen? Die vorbereitende Abrüstungskonferenz hat nach ihrem Mißerfolg die Lösung den Regierungen überlassen.

Auf ihnen liegt die Verantwortung, und ich gebe der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß diese Erwartungen nicht wiederum enttäuscht werden und daß wir uns schon auf der nächsten Völkerbundversammlung einer hinreichend geklärten Situation gegenübersehen, um dem Völkerbund konkrete und effektive Beiträge zu gestatten.“

## Kommunistenvormarsch bei Kanton?

### Panik im Hafen Swatow.

London, 28. März. (Eigenbericht.)

Aus China kommen auch nicht völlig verständliche Nachrichten über den Vormarsch von kommunistischen chinesischen Armeen auf den großen, etwa 400 Kilometer östlich von Kanton gelegenen Hafen Swatow. Wie aus Hongkong gemeldet wird, haben die Regierungstruppen eine Niederlage erlitten, die sie in völliger Auflösung zum Rückzug nach Swatow gezwungen hat. Eine weitere, aus anderer Quelle stammende Meldung aus Kanton besagt, daß die ganzen Truppenteile der Garnison von Kanton zu den Kommunisten übergegangen und daß auch die zur Verteidigung von Swatow eingeleiteten Bataillone desertiert seien. Die gesamte Polizei Swatows mit Ausnahme der höheren Offiziere sei wegen Sympathie für die Kommunisten entlassen worden. Swatow befindet sich im Zustand der Panik, und es hat eine massenhafte Flucht der begüterten Bevölkerungskreise nach Hongkong eingesetzt. Vermutlich handelt es sich bei diesen kommunistischen Armeen um aufständische bewaffnete Bauern.

Internationaler Studentenkongress. Im August wird in Paris der Jahreskongress des Internationalen Studentenverbandes stattfinden. Zu dieser Tagung sind mehr als 20 Delegierte aus den meisten europäischen Staaten sowie aus Nordamerika, Südamerika und Rußland angemeldet. Die Deutsche Studentenschaft, die sich bisher dem Verband nicht angeschlossen, jedoch mit ihm zusammengearbeitet hat, dürfte auf dem diesjährigen Kongress ihren Beitritt erklären.

Der Telefonverkehr zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ist am Mittwoch eröffnet worden. Die Gesprächsgebühr für drei Minuten beläuft sich auf mehr als 1200 Franken. Richtschloßleistungen wurden am ersten Tage zwischen Paris und New York 36 Gespräche geführt.

In der Jahresversammlung der kommunistischen Akademie in Moskau, welche die Streichung Trozki's, Radetski's, Kautzki's und anderer Oppositionsführer von der Mitgliederliste der Akademie beschloß, wurden Klara Zetkin und Thalheimer zu Mitgliedern der Akademie gewählt.

# Die Buchdrucker unter Zwang.

## Zurücknahme der Kündigungen und Weiterführung der Arbeit.

Die gestrige außerordentliche Generalversammlung der Berliner Buchdrucker war schon vor ihrer Eröffnung überfüllt. Der Bauvorsitzende Braun führte aus, daß die Gehilfen in erster Stunde zusammengerufen seien, um zu der durch den verbindlich erklärten Schiedspruch geschaffenen Situation Stellung zu nehmen. Es sei dadurch eine völlig neue Rechtslage herbeigeführt worden. Er brachte zum Ausdruck, daß auch der Berliner Bauvorsitzende in Anbetracht der ungeheuren Werte, die nicht nur für die Organisation, sondern auch für jeden einzelnen auf dem Spiele stehen, die Aufhebung der Kündigungen fordern müsse.

Die Ausführungen des zweiten Verbandsvorsitzenden Krauß machten auf die Versammlung einen großen Eindruck. Er wies u. a. darauf hin, daß der Kampf gegen das Schlichtungswesen sehr auch aus dem Grunde von der Arbeiterschaft noch nicht geführt werden könne, weil die Unternehmer mit der Befestigung des Schlichtungswesens auch den kollektiven Arbeitsvertrag befestigen wollen.

Die Debatte fand auf einem sehr hohen Niveau. Es wurde allgemein der Erregung über den unzulänglichen verbindlich erklärten Schiedspruch Ausdruck gegeben. Schließlich wurde eine kommunistische Resolution, die den allgemeinen Streik forderte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen wurde gegen eine kleine Minderheit nachstehende Entschließung:

„Die am 28. März 1928 tagende außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer erklärt, daß sie, nur dem Zwang gehorchend, um die Organisation vor größerem Schaden zu bewahren, den Anordnungen des Verbandsvorstandes folgt und von Kampfmaßnahmen gegen diesen Schiedspruch absieht. Sie kann es aber nicht unterlassen,

den staatlichen Institutionen, welche ihre Macht zur Fesselung der Gewerkschaften und Niedrighaltung des Lebensstandards der Arbeiterschaft benutzen, ihre Mißachtung auszusprechen. Die Versammelten sind gewillt, das ihnen durch den Schiedspruch Borentlastene ohne Schädigung der Organisation auszugleichen.“

### Protest der graphischen Hilfsarbeiter.

#### Abbruch des Kampfes.

Zu gleicher Zeit wie die Buchdrucker waren in den City-Festfällen die Funktionäre der graphischen Hilfsarbeiter versammelt. Auch diese Versammlung war überfüllt. Hier wurde nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Bucher nach längerer Aussprache folgende Entschließung mit 300 gegen 25 Stimmen angenommen:

„Die am 28. März 1928 in den „City-Festfällen“ tagenden Funktionäre der graphischen Hilfsarbeiter sind empört über die Verbindlichkeitsklärung des völlig unzureichenden Schiedspruches. Der durch diesen Schiedspruch ausgeübte staatliche Zwang, der die Arbeiter an der Verbesserung ihrer Lebenslage durch Kampfmaßnahmen hindert, ist unerträglich.“

Die Versammelten fordern vom ADGB, mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß derartige Nachsprüche in Zukunft nicht mehr erfolgen können.

Wenn die Funktionäre der Kollegenschaft gemäß den Weisungen der Hauptvorstände ebenfalls den Abbruch aller Kampfmaßnahmen empfehlen, so tun sie es nicht leichten Herzens. Die Situation aber fordert Geschlossenheit, strenge Disziplin und Treue zum Verband, trotz des mit Hilfe des Arbeitsministers erkämpften „Sieges“ der Unternehmer.

Die Kommissionen haben also die Vereinbarung gebrochen, und nach in diesem Jahre die Omnibusser Anspruch auf den Beiführerposten haben. Sie verschärfen dieses Missogale Verhalten durch eine persönliche Hege gegen den Vertreter der Omnibusser, wie sie ja an Stelle sachlicher Kritik auch gegen andere Gewerkschafter in der gleichen Weise vorgehen. Diese Hege hat nachgerade die Grenze des Erträglichsten überschritten.

### Neue Löhne in der chemischen Industrie.

#### Der Schiedspruch angenommen.

Die Funktionäre der chemischen Industrie waren am Montagabend im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht über die Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Der Bevollmächtigte Räder berichtete, daß die ersten Verhandlungen zu keinem Resultat führten. Im Bezirksrat kam es nach längeren Verhandlungen zu folgendem Schiedspruch:

„Der Lohn des über 21 Jahre alten ungelerten Arbeiters der Ortsklasse A in allen Fachgruppen beträgt ab 1. April 1928 83,5 Pf. pro Stunde.“

Der Lohn des über 21 Jahre alten ungelerten Arbeiters in Dranienburg beträgt 82,5 Pf. pro Stunde. Alle übrigen Löhne werden in der bisherigen Weise errechnet.

Die jetzt gemäß Sonderabkommen für die Sonderklasse des Lautamerts bestehenden Löhne werden im gleichen prozentualen Ausmaß erhöht.

Die Löhne sind mit vierwöchiger Frist erstmalig zum Ende der Lohnperiode kündbar, in die der 31. März 1929 fällt.“

In der sachlichen Aussprache wurde bemängelt, daß das Lohnabkommen auf ein ganzes Jahr Geltung hat.

### Abchluß im Fleischerverband.

Die Berliner Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Fleischer hatte am Dienstagabend in Boekers Festhale ihre letzte Generalversammlung. Mit dem 1. April geht diese Berufsorganisation als Sektion Fleischer in den neuen Industrieverband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter über. Die Versammlung wies einen so starken Besuch auf, wie er seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen war.

Der 1. Bevollmächtigte, Genosse Schulz, ging in seinem Geschäftsbericht zunächst auf die Beschäftigungsmöglichkeiten im Berliner Fleischerhandwerk ein. Zu Beginn des Berichtsjahres waren auf dem Arbeitsnachweis 1137 Arbeitslose eingetragen, welche Zahl bis Ende Dezember nur bis auf 1083 zurückging und zurzeit schon wieder 1313 beträgt. In der Mitgliederbewegung sind ganz ansehnliche Erfolge erzielt worden. Im Berichtsjahr gewann die Organisation 334 Mitglieder. Hierzu kommen noch 97 Mitglieder, die in diesem Jahre gewonnen wurden, so daß die Organisation jetzt 3520 Mitglieder hat. Im Vorjahre wurden insgesamt 26 Lohnbewegungen mit 15 749 Beschäftigten gegen 16 Bewegungen mit nur 6294 Beschäftigten im Jahre 1926 durchgeführt. Die Gesamtsumme der durch diese Bewegungen erreichten Lohnerhöhungen beträgt 18 266 M. Während im Jahre 1926 insgesamt 2550 Verbandsmitglieder täglich 8 oder wöchentlich 48 Stunden und weniger arbeiteten, liegt diese Zahl im Vorjahre auf 3295. Etwa 600 Verbandsmitglieder arbeiten zurzeit noch länger als 48 Stunden wöchentlich.

In diesem Jahre ist es endlich gelungen, die alte statutarische Forderung auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Badenfleischerhandwerk durchzusetzen. Noch nicht erreicht worden ist die Abschaffung des Rost- und Logiswesens und der privaten Stellenermittlung. Mit der Aufforderung, auch in der großen Industrieorganisation genau so freudig zu arbeiten wie bisher in der alten Berufsorganisation, schloß Genosse Schulz seinen Bericht. Wie der Kassierer, Genosse Fischer, u. a. berichtete, ist der Lokalkassenbestand von 2789 M. auf 8456 M. gestiegen.

In der Diskussion sprach nur ein Redner, der sich im anerkennenden Sinne über die Tätigkeit der Ortsverwaltung aussprach.

Die Versammlung nahm dann die Wahl des 2. Vorsitzenden des neuen Ortsvorstandes und der neuen Sektionsleitung vor. Die Auszählung der Stimmzettel, die erst gestern nachmittag vorgenommen wurde, ergab bei 783 abgegebenen Stimmen 409 Stimmen für Rostow und 370 Stimmen für Amsterdam.

**Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.** Heute, Donnerstag, 19.4. Ubr. tagen die Gruppen: **Schöten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Reichshaus), Vortrag: „Das Wandern einst und jetzt.“ — **Tempelhof:** Gruppenheim Baum Germaniastr. 4-4. **Adlers- und Borsigvierteln:** — **West:** Gruppenheim Stadt, Jugendheim Adlerstr. 18-19. Vortrag: „Wir und der Entwurf des Reichsbaugesetzes.“ — **Wilmersdorf:** Gruppenheim Jugendheim Spirestr. 10. **Spandau:** — **Gesundbrunn:** Gruppenheim Jugendheim Potsdamer Str., **Statenburger Str.** Vortrag: „Wohlfahrt zum Wandern in die Welt.“ — **Humboldt:** Gruppenheim Jugendheim Graun., **Eds. Korkingstr.** „Für Humboldt ist wieder was los!“ — **Köpenick:** Gruppenheim Jugendheim Gräbner Str. 5. **Neu-Spandau:** „Wie geht es auf Fahrt?“ — **Schöneberg:** Gruppenheim Arbeiterhaus, **Reinholdstr. 11.** Vortrag: „National und sozialistische Weltanschauung.“ — **Lichtenberg:** Jugendheim Poststr. 21. Vortrag: „Die Frau im Produktionsprozess.“ — **Königsberg:** Jugendheim des Hofes, **Gräbe Frankfurter Str. 16.** **Quergeb. part., Zimmer 2.** **Schöneberg:** — **Frankfurter Allee:** Stadt, Jugendheim Wauer Str. 18. **Rammer 8.** **Obersiedelerspr.** — **Weißensee:** Jugendheim Poststr. 86. **Singelstr. 86.** **Neu-Westend:** Singelstr. 86. **Arbeitsabend im Jugendheim Turner, Eds. Gräbner Str.** — **Jugend im Deutschen Geflügelzüchterverband, Seebuckstr. 37-38.** Vortrag: „Aus der Praxis eines Wandereers.“

**Jugendgruppe des ADGB.** Heute, Donnerstag, 19.4. Ubr. folgende Veranstaltungen: **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Führerheim), **Wiederb.** **Adlers- und Borsigvierteln:** Jugendheim Wrangeistr. 128. **Wanderabend.** **Wiederb.** mitbringen.

**Verantwortlich für Politik:** Dr. Carl Geiger; **Wirtschaft:** G. Ringelblum; **Gewerkschaftsbewegung:** J. Störner; **Revolution:** A. A. Böcher; **Volks- und Sozialpolitik:** Fritz Ruchhöft; **Unionen:** H. Glöckl; **Gesund in Berlin:** Vortrag: **Formaris-Verlag G. m. b. H., Berlin** Stadt; **Formaris-Verlag** und **Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin** SO 48, **Eintrachtstr. 2.** **Hierzu 2 Beilagen: „Unterhaltung und Wissen“ und „Gesundheitsw.“**

### Gehaltsregelung für Metallangestellte.

#### Annahme des Angebots.

Die Funktionäre des AM-Metallartells nahmen gestern Abend im Nordischen Hof zu dem Angebot Stellung, das am Donnerstag voriger Woche bei den Verhandlungen über den Neuschluß des Gehaltsvertrages für die Angestellten der Berliner Metallindustrie von den Unternehmern gemacht worden war. Das Angebot sieht, wie wir bereits mitteilen, ab 1. April bis 31. März 1929 eine Erhöhung der Tarifgehälter um 5 Proz. vor mit der Maßgabe, daß diese Zulagen in der Regel auch dann voll auf die Tarifgehälter gezahlt werden sollen, wenn bereits durch die sogenannten Leistungszulagen überrarifliche Gehälter gewährt werden. In Streitfällen sollen aber auch hier die Vertragsparteien vermittelnd eingreifen.

Das AM-Metallartell hatte sich bereits vor der Funktionärenversammlung mit dem Angebot eingehend beschäftigt und beschloßen, es den Funktionären zur Annahme zu empfehlen. In der Diskussion gingen natürlich die Meinungen über die Annahme oder Ablehnung auseinander. Das Angebot wurde aber schließlich nach längerer Debatte gegen eine starke Minderheit angenommen. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat sich zwar bis jetzt über das Angebot noch nicht geäußert, das von seiner Verhandlungskommission gemacht wurde, mit dem Bemerkten, daß sie eigentlich zu Zugeständnissen überhaupt keine Vollmacht habe. Aber da das Angebot nicht zurückgezogen worden ist, kann man annehmen, daß es vom BMA gebilligt wurde.

### Keine Stocung im Verkehrsbund.

#### Der Vormarsch 1927.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verkehrsbundes hatte am Montag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung, die sehr gut besucht war. Der 1. Bevollmächtigte, Genosse Ortman, erläuterte zunächst den gedruckt vorgelegten Geschäftsbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Die im allgemeinen gute Konjunktur des Vorjahres hat sich auch auf das Verkehrsgewerbe ausgewirkt, was am deutlichsten aus der Arbeitsnachweisstatistik hervorgeht. Es wurden im Berichtsjahre 48 018 Stellen besetzt gegenüber 29 178 im Jahre 1926. Trotzdem steht aber fest, daß eine große Anzahl von Transportarbeitern infolge der Rationalisierung und der Technisierung im Verkehrsgewerbe aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet sind und besonders ältere Arbeiter fast nicht mehr in Arbeit gebracht werden können. In der Agitation sind ganz ansehnliche Erfolge zu verzeichnen. Die Organisation musterte am Schluß des Berichtsjahres

8090 Mitglieder mehr

als Ende 1926, so daß sie mit nunmehr 60 104 Mitgliedern ihren Vorkriegsmittgliederbestand (1913 = 52 935) weit überschritten hat

Entsprechend der besseren Wirtschaftslage war das Berichtsjahr auch außerordentlich reich an Lohnbewegungen. Angriffslohnbewegungen wurden 216 geführt gegen 45 im Jahre 1926 und einer

um das sechsfache höheren Zahl von Beschäftigten als 1926. Während 1926 insgesamt 119 089 M. an Lohnerrhöhungen erreicht wurden, stieg diese Zahl im Berichtsjahre auf 735 742 M. Wie die Angriffsliste der Unternehmer in Zeiten guter Konjunktur nachläßt, geht daraus hervor, daß im Berichtsjahr nur 4 Abwehrbewegungen zu führen waren, gegen 61 im Jahre 1926. Am Ende des Berichtsjahres bestanden

154 Tarifverträge,

von denen am 31. März 59 für 54 233 Beschäftigte ablaufen.

Genosse Ortman kam dann noch auf die Veranschlagungsfrage zu sprechen und sprach die Erwartung aus, daß die Verbandstage der drei Organisationen in diesem Jahre die Veranschlagungsfrage endlich näher der Lösung entgegenführen werden.

Genosse Brekke schilderte dann noch die Entwicklung der lokalen Kassenerhältnisse. In der Diskussion wurde wie üblich von den „oppositionellen“ Rednern sehr wenig zum Geschäftsbericht gesagt, dafür aber die Taktik des Metallarbeiter- und Bergarbeiterverbandes in den letzten Lohnkämpfen, das Schlichtungswesen usw. „kritisiert“.

#### Die Wahl der Bezirksverwaltung

erfolgte ohne Debatte gegen etwa 10 Stimmen entsprechend den Vorschlägen der engeren und erweiterten Verwaltung. Während auch die Wahl der Sektionsleiter und Beisitzer in der Bezirksverwaltung sehr schnell und ohne Widerspruch erfolgte, kam es vor der Wahl des Leiters der Sektion III (Hochbahner, Straßenbahner, Omnibusser) und des von dieser Sektion zu stellenden Beisitzers oftmals zu minutenlangen Tumulten. In der letzten Jahresversammlung dieser Sektion, in der die Kommunisten in der Mehrheit waren, war beschlossen worden, die Stelle des Sektionsleiters auszuschreiben. Gegen den Widerspruch der Omnibusser, die für dieses Geschäftsjahr den Beisitzerposten in der Bezirksverwaltung beanspruchten, wurde beschlossen, wieder den Kommunisten Dieter von der Hochbahn für diesen Posten vorzuschlagen. Die erweiterte Verwaltung schlug im Gegensatz zu dem Beschluß der Sektionsversammlung vor, den Genossen Hiller als Sektionsleiter widerzuwählen und als Beisitzer in die Verwaltung den Genossen Loll von der Abwoag zu entsenden. Diesem Vorschlag stimmte die Generalversammlung mit übergroßer Mehrheit zu.

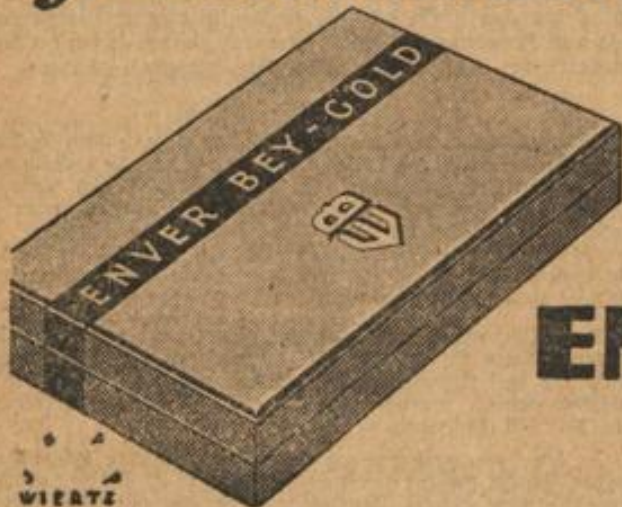
#### Verlogene Hege.

Die „Rote Fahne“ versucht in ihrem Bericht von der Generalversammlung des Verkehrsbundes den organisierten Krach ihrer Parteigenossen durch eine verlogene Hege gegen Loll und den Verkehrsbund fortzuführen. Sie behauptet, Loll habe gesagt: „Das Böbel, das man bei den Hochbahnern zusammengeholt hat.“ Dazu schreibt unser Berichtsfasser:

„Genosse Loll hat nach meinem Stenogramm wörtlich gesagt: „Man hat in die Hochbahnerversammlungen den Böbel von Inorganisierten gestellt.“ Nach dem Wort „Böbel“ begann schon der Tumult, so daß nur die in den vorderen Reihen Sitzenden und wir auf der Bühne die folgenden Worte noch verstehen konnten.“

Es stimmt auch nicht, daß sich Loll erst nach einer Viertelstunde erhob. Er versuchte vielmehr nach 1 oder 2 Minuten, während welcher Zeit er des öfteren die Glocke schwang, zum Wort zu kommen.

## Sie haben keine richtige Freude mehr am Rauchen



weil Sie die richtige Marke noch nicht gefunden haben. Probieren Sie einmal die Enver Bey Gold und Sie werden erstaunt feststellen, welch' köstlichen Genuß die Zigarette für Sie bedeutet.

# ENVER BEY GOLD

## 5s





# Amulette und Talismane.

Allen Zeiten und den Menschen aller Erdteile und aller Rassen ist immer ein gewisser Aberglaube eigen gewesen. Von der Kirche wurde er ebenso gepflegt wie verfolgt. Der moderne Mensch unserer Zeit, der viele Brücken hinter sich abgebrochen hat, trägt plötzlich wieder den Glauben an Amulette und Talismane zur Schau, und zwar ganz bewusst, er braucht einen Glückbringer in einer glücklosen Zeit, der ihm einen Halt für die verlorenen inneren Werte gibt. Aber sollte man einen solchen Menschen fragen, ob er abergläubig sei, so würde er entrüstet mit „Nein“ antworten.

Auch der unbefangene Leser wird zugeben, daß trotz der weitgehenden wissenschaftlichen Aufklärung gerade in unserer Zeit Aberglaube und Wunderglaube immer neue Blüten treiben. Die katholische Kirche trägt dieser Zeiteinstellung noch immer dadurch Rechnung, daß sie Wundererscheinungen anerkennt.

## Die Glückszeichen der Sportler, Spieler und Ausfler.

In einem sehr zeitgemäßen feinsten Werk „Amulette und Talismane“ von Elizabeth Billiers, neu bearbeitet von H. M. Pasinger (Drei-Masken-Verlag), sind mit großem Fleiß alle die Dinge zusammengetragen, an die sich der Aberglaube aller Zeiten bis heute knüpft. Wir möchten uns und unsere Leser jedoch schützen, diese Dinge ernst zu nehmen, die der moderne Mensch als Talismane und Glückbringer verehrt, wenn wir hier eine kleine Auswahl aus dem genannten Werk folgen lassen.

Man findet das Amulett heute überall. Der Flieger trägt seinen Talisman bei sich, wenn er seine Flüge antritt, der Autofahrer hat ein Amulett am Wagen; Tennisplayer, sogar die berühmtesten Champions, gehen unter dem Schutze eines Amuletts ins Spiel, ebenso der Boxer in den Ring. Kriketspieler und Fußballer betreten mit ihm das Feld, indes die vielen Zuschauer, die das Spiel verfolgen, die gleichen Glückszeichen tragen, in der Hoffnung, ihren Günstlingen dadurch zum Siege zu verhelfen. Nicht anders ist es beim Rennsport, und es ist eine längst bekannte Tatsache, daß vor allem die Spieler den stärksten Glauben an glückbringende Dinge hegen. Ein Mann, der des Nordes beschuldigt ist, sitzt auf der Anklagebank, in seinen Taschen eine Anzahl von Amuletten. Es ist in jeder Gesellschaftsklasse das gleiche.

Der Anker ist das beliebteste Symbol der Matrosen und Reisenden zu Wasser und zu Land, der das Versprechen einer glücklichen Heimkehr in sich trägt. Jäger tragen, um die Kugelsicherheit ihrer Büchse zu erhöhen, in Silber gefasste Knöchelchen eines bestimmten Körperteils vom Lur oder Warden an der Uhrkette. — Geschäftleute glauben in geschäftlichen Angelegenheiten an die günstige

Wirkung folgender Edelsteine, vorausgesetzt, daß die Geschäfte solider Natur sind: Amethyst, Chrysolith und der Mondstein. Als Amulette dienen in Nachbildungen in edlen Metallen u. a. Biene, Drache, Elefant, Fische, Fuchs, Füllhorn, Hammer, Heimschnecke, Heuschrecke, Hirsch und Stier, sowie das Wort „Rarita“ auf ein Täfelchen geschrieben. — Spieler nähen in ihre Westtasche einen Dachszahn ein, der dann unbedingt Glück bringt.

## Vom glückbringenden Hemde und von Teddy-Bären.

Viele Flieger lassen sich in ihren Apparaten Stücke von verunglückten Flugzeugen als Abwehrmittel gegen Unfälle einbauen. Santos Dumont würde nie einen Flug unternommen haben, ohne das Redaillon mit dem Bilde der heiligen Jungfrau, das ihm von der Prinzessin Isabella geschenkt wurde, um den Hals zu tragen. Von einem anderen bekannten Flieger wird erzählt, daß er einmal bei einem furchtbaren Absturz wie durch ein Wunder dem sicheren Tod entgingen sei. Seitdem bewahrt er das Hemd, das er an jenem Tage trug, als kostbare Reliquie auf, hat es seitdem nicht mehr waschen lassen und legt es stets unter seinen Kleidern an, wenn er sich zu einem Fluge rüstet. Als trüglichs Amulett auch für Flieger gelten die Schnurrbarthaare eines Tigers. Nach altem indischen Glauben wohnt in diesen Schnurrbarthaaren eine geheimnisvolle, schirmende Kraft.

Die elegante Pariserin wählt mit der größten Sorgfalt wie bei ihrer Toilette auch die Steine, die sie auf ihre Wunderkraft hin erprobt. Perlen sollen nur am Freitag getragen werden; der Montag gehört dem Rubin und der Sonntag dem Smaragd. Der Diamant,



namentlich in Boutonform gefaßt, ist jahraus, jahrein erlaubt. Nur während der Karwoche und während der „Herberennen“ nimmt man mit Vorliebe Diamanten, denn sie bringen Glück und lassen das geweihte Pferd zum Siege kommen. Immer noch legt auch die heutige Zeit den edlen Steinen, diesen Wundern der schaffenden Natur, geheimnisvolle Kräfte bei. Der unaushaltbare Fortschritt der Naturwissenschaft vermag darin nichts zu ändern. — Der jetzt als Amulett so beliebte Teddy-Bär, trotzdem er eine Erfindung amerikanischer Spielzeugfabrikanten ist — erscheint bei allen Gelegenheiten, auf dem Kühler des Automobils, auf den Kissen im Boudoir der Dame. Doch gilt er nur für glückbringend, wenn er aus Liebe geschenkt wird. Alle Amulette haben diese Eigenschaft, daß sie nur wirken, wenn sie von Freunden uns aus herzlicher Zuneigung verehrt werden. Selbst ermordete Talismane besitzen den Zauber nicht. Ebenfalls darf ein Talisman nie auf die Erde fallen, denn das Berühren mit der Erde nimmt ihm seine Kraft.

Wenn die Beschäftigung mit diesen okkulten Problemen auch zu den unfruchtbarsten Sachen gehört, die ein vernünftiger Mensch betreiben kann, so ist es doch zuviel gesagt, wollte man ihnen jede Wirkung auf das Verhalten vieler Personen abstreiten. Man denke an das Wort: „Der Glaube macht fertig.“ Es gibt aber leider noch eine große Anzahl inerte nicht gefestigter Menschen, die Halt und Ansporn bei ihren „Glücksbringern“ suchen, von dem sie fest und fest behaupten, ihr Zauber schütze sie vor der Gehässigkeit und Tücke des rauhen Lebens.

## Gemeinheit, du siegst!

### Enthüllungen über „Komplotz der Sozialdemokraten“.

Die „Deutsche Zeitung“ hat — glücklicherweise noch im rechten Augenblick — ein fast ungläubliches Komplotz der Sozialdemokraten im Berliner Rathaus entdeckt. Sie ist in der Lage, ihren ahnungslosen Lesern in größter Aufmachung zu berichten, daß die ganzen Haushaltsberatungen in diesem Jahre nur Scheinmanöver sind. In Wahrheit befinden bereits geheime, aber „feste“ Abmachungen zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten, die „teilweise im Wortlaut vollkommen feststehen“ und die unmittelbar nach den Wahlen Wirklichkeit werden sollen. Dann werden in einem „Hofhaushalt“ die Steuern, die Tarife aller Verkehrsmittel und Werke erhöht werden, und aus diesen Erhöhungen werden Lohnerhöhungen und „rote Sonderaktionen“ bezahlt werden.

Da haben wir also die Niederträchtigkeit und Hinterhältigkeit sozialdemokratischer Politik in Reinkultur. Erst machen die Sozialdemokraten einen Etat mit den Mittelparteien und dann „einen zweiten Etat“ mit den Kommunisten. Und da wird dann ganze Arbeit gemacht: alles wird erhöht, alles wird geschöpft, alles wird bewilligt! Man staunt nur über die Dummheit aller anderen Parteien im Rathaus, die von diesem Komplotz bisher nichts gemerkt haben. Die Mittelparteien müssen erst von dem Antisemitentum der kommunistischen Abmachungen erfahren, und die Kommunisten sind sogar so dumm, daß sie — die Abmachungen in der Tasche — den Beratungen des „ersten“ Etats ruhig zusehen.

Alle zusammen haben sich aber den Kopf über die Bilanzierung dieses Haushalts zerbrochen, und sie erfahren nun, daß die Lösung so schrecklich einfach ist: Man braucht nur alle Steuern und alle Tarife zu erhöhen, dann hat man auf einmal Geld, soviel man haben will! Daran hatte allerdings bisher niemand gedacht, diese Entscheidung mußte erst durch die „Deutsche Zeitung“ gemacht werden. Man sieht wieder einmal, wie einfach doch eigentlich Politik zu machen ist, wenn man über die nötige Portion Schläue und Gemeinheit verfügt — wobei man es dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen kann, festzustellen, auf welcher Seite die Gemeinheit zu suchen ist.

# Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Was für ein Ende würden diese armen Leuten dort oben finden? Ihre Lebensdauer war noch mehr bedroht als seine eigene denn er konnte hier wochenlang liegen und hungern, ehe er den letzten Hauch von sich geben würde. Sie aber hatten sich offen gegen die Macht und Weisheit Utopiens aufgeschlossen und nun mußte sich schließlich die ordnende Macht jener Welt über ihren Häuptern zusammenballen. Er hatte immer noch Schwäche, sinnlose Gewissensbisse wegen seines Benehmens bei Catskills Verschönerung. Jetzt lächelte er darüber, daß er einmal fest davon überzeugt gewesen war, die Erde würde über Utopien siegen, wenn nur Catskill seine Geiseln gefangen hätte. Diese Ueberzeugung hatte ihn zum Handeln gedrängt. Außer seinen schwachen Aufen war ihm scheinbar nichts anderes übrig geblieben, um dieses riesenhafte Unheil abzuwenden. Aber angenommen, er wäre überhaupt nicht dort gewesen oder er wäre dem hemmenden Instinkt der Kameradschaft, der ihn dazu drängte, gemeinsam mit den andern zu kämpfen, gefolgt — was dann?

Als er sich den Anblick Ceders ins Gedächtnis zurückrief, der Ruß herumgeschleudert hatte wie ein Schoßhündchen, und die hohe Gestalt Serpentina, zweifelte er, daß es den Eröllingen, sogar auf den Stufen zwischen dem Torbogen, möglich gewesen wäre, die beiden zu überwältigen. Die Revolver wären ebenso gebraucht worden wie auf dem Hang, und Catskill hätte keine Geiseln, sondern nur erschlagene Männer gehabt.

Wie unaussprechlich dumm war doch der ganze Plan Catskills gewesen. Aber er war nicht dümmer, als sonst das Benehmen Catskills, Burleighs und der übrigen Staatsmänner der Welt während der letzten Jahre auf Erden. Manchmal, als die Welt während des großen Krieges in Agonie lag, schien es, als ob Utopien der Erde näher käme. Die finsternen Wolken und der Qualm dieser schwarzen Jahre wurden vom Licht festlicher Hoffnungen durchzogen, von der Erwartung, die Welt würde neu geboren werden. Die Nationalisten, Gelbte, Priester und Patrioten hatten alle jene Hoffnungen zunichte gemacht. Sie hatten auf die alten Gifte, Infektionen und auf die schwache Widerstandskraft des zivilisierten Geistes vertraut. Sie hatten sich auf ihre Waffen verlassen, hatten ihre Hinterhalte gelegt und ihre Frauen in Tätigkeit gesetzt, um Flagen der Uneinigkeit zu nähern...

Eine Zeitlang hatte sie diese Hoffnung getötet. Aber nur eine Zeitlang. Denn Hoffnung, die Erlöserin der Menschheit, feiert fortwährend Auferstehung.

„Utopien wird siegen“, sagte Mr. Barnstaple, und sah eine Welle da, um einem Geräusch zu lauschen, das er schon früher gehört hatte, ohne es besonders zu beachten. Es war ein schnurrendes Klopfen in den Felsen über ihm, wie vom Gang einer großen Maschine. Es schwoll an und wurde dann wieder schwächer bis zur Unhörbarkeit.

Seine Gedanken kehrten zu seinen ehemaligen Gefährten zurück. Er hoffte, daß sie dort oben nicht zu elend und ängstlich seien. Insbesondere wünschte er, es möge sich etwas ereignen, um Lady Stellas Mut zu stärken. Er war liebevoll um Lady Stella besorgt. Für die Uebrigten wäre es das Beste, wenn sie bis zum Ende tätig im Kampf verharren würden. Wahrscheinlich arbeiteten sie alle fieberhaft an irgendeinem hoffnungsvollen Verteidigungsplan Catskills; mit Ausnahme Mr. Burleighs, der nichts tun würde — überzeugt, daß es wenigstens für ihn noch einen ehrenvollen Ausweg geben werde, und der wahrscheinlich auch nicht sehr ängstlich wäre, wenn es keinen gäbe. Amerton und vielleicht auch Ruß würden in eine religiöse Wiedergeburt verfallen, was die anderen ein wenig beunruhigen oder für Lady Stella und Miß Greta Grey vielleicht sogar ein geistiges Betäubungsmittel bedeuten würde. Und für Penk war Wein im Keller...

Sie würden den Befehlen ihres Seins folgen, sie würden das tun, was die Natur und die Gewohnheit von ihnen verlangt. Was wäre sonst möglich?

Mr. Barnstaple tauchte in einen metaphysischen Abgrund unter...

Jetzt erriep er sich dabei, wie er auf die Armbanduhr sah, es war zwanzig Minuten nach zwölf Uhr. Immer häufiger blickte er auf die Uhr — oder verging die Zeit langsam? ... Sollte er die Uhr aufziehen oder sie auslaufen lassen? Er empfand schon großen Hunger. Doch das konnte noch kein richtiger Hunger sein. Offenbar verlor er die Gewalt über seine Einbildungskraft.

### Das Ende des Quarantänegesessens.

I.

Mr. Barnstaple erwachte langsam und widerstrebend aus einem Traum, der vom Kochen handelte. Er war Sozer, der berühmte Küchenchef des Reformclubs, er ersand und kostete neue Gerichte. Aber auf den holden Pfaden des Traumlandes war er nicht nur Sozer, sondern zu gleicher Zeit ein

sehr tüchtiger utopischer Biologe und ebenso Gottvater selber. So konnte er nicht nur neue Gerichte herstellen, sondern konnte auch neue Gemise und Fleischarten, die hineingehörten, erschaffen. Ganz besonders interessierte er sich für eine neue Sorte Geflügel, die Chateaubriand-Kasse, welche die reichen Vorzüge eines ausgezeichneten Beefsteaks in der Form und der Delikatesse einer Hühnerbrust vereinen sollte. Er wollte das Gericht mit einer Mischung von Jamaikapfeffer, Zwiebeln und Pilzen füllen — aber die Pilze waren nicht das Richtige. Die Pilze — er kostete sie — bedurften wirklich nur einer ganz kleinen Aenderung. Und im Traum erschien ein Hilfskoch, mehrere Hilfskocht, alle nackt wie die Utopen, sie trugen Hühner aus der Speisekammer herbei und sagten, sie könnten sie nicht festhalten, sie wären „hodygegangen“ und gingen immer noch höher. Um diesen Gedanken des Höhergehens zu illustrieren, hoben die Hilfskocht die Hühner über ihre Köpfe und begannen die Wände der Küche hinaufzuklettern; jene waren fertig und für Wände einer Küche merkwürdig eng beieinander. Die Gestalten wurden schwarz, wurden emporgeschleudert und zeichneten sich als schwarze Silhouetten gegen den leuchtenden Dampf ab, der aus einem Kessel mit lodender Suppe aufstieg. Es war lodende Suppe, und doch war es kalte Suppe und kalter Dampf.

Mr. Barnstaple war wach. An Stelle des leuchtenden Dampfes war es Rebel, heller Mondschneeflocke, der die Schlucht füllte. Er spie die Gestalten zweier Utopen in schwarzer Silhouette aus...

Was für Utopen?

Barnstaple schwankte zwischen Träumen und Wachen. Dann fuhr er in gespannter Aufmerksamkeit empor. Sie bewegten sich mit leichten Gebärden, ohne seine Gegenwart in so unmittelbarer Nähe zu bemerken. Sie hatten bereits eine dünne Strickleiter an irgendeinem Punkt oben befestigt. Aber wie sie das zuwege gebracht hatten, wußte er nicht. Einer stand noch auf der Felsenplatte, der andere schwebte über ihm und spannte sich quer über den Schacht, indem er sich am Seil festhielt und die Füße gegen den Felsen stemmte. Ueber der Kante der Felsplatte erschien der Kopf einer dritten Gestalt, die von einer Seite zur anderen schwankte und offenbar auf einer zweiten Strickleiter heraufkam. Irgendeine Auseinandersetzung war im Gange. Es kam Mr. Barnstaple zum Bewußtsein, daß dieser letzte Aufwind der Meinung war, er und seine Gefährten wären nun hoch genug geflettert, daß aber der oberste Mann darauf bestand, sie sollten noch höher gehen. In wenigen Sekunden war die Sache geregelt. (Fortsetzung folgt.)



109. **Abt. Friedebachagen.** Heute, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr, bei Schola, Friedebachstr. 21, Frauenvereinsabend. Vortragender Genosse Holmann. Alle Genossinnen sind dazu herzlich eingeladen. Gänge willkommen.

141. **Abt. Rosenthal.** Heute, Donnerstag, 29. März, 19½ Uhr, bei Schmeling, Balderstr. 3, Vortrag des Genossen Hans Rumm über „Rektion und Sozialismus.“ Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Gänge willkommen.

**Bezirksausflug für Arbeiterwohlfahrt:**

7. **Abt. Wedding.** Heute, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr pünktlich, im Sitzungssaal des Ledigenvereins Schönhaferstr. 1, Schulungsanstalt. Thema: „Schutzsicht und Hilfsorganisation als Maßnahmen der Gefährdeten-Hilfe.“ Referent: Genosse Dr. Sellinger. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

8. **Abt. Kreuzberg.** Heute, Donnerstag, 29. März, 20 Uhr, im Gesundheitshaus, Am Urban 10-11, Schulungsanstalt. Thema: „Jugend und Beruf.“ Referent: Genosse Walter Eißner. Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.

12. **Abt. Tempelhofer.** Freitag, 30. März, 19½ Uhr, ganz pünktlich, im Sitzungssaal des Bezirksamtes, Dorffstraße. Reiseveranstalter mit Jahresbericht und Ausprache. Alle interessierten Genossinnen und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. Anschließend Besuch der Mitglieder-Versammlung bei Singer, Dorffstr. 20.

17. **Abt. Fichtenberg.** Freitag, 30. März, 19½ Uhr, im Zimmer 26 des Fichtenberger Fachwerks, Schulungsanstalt. Thema: „Das Arbeitsgericht.“ Referent: Genosse Paul Juchacz. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

**Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:**

Vorbereitende Sitzung für den 1. Mai am Freitag, 30. März, 20 Uhr, in der Geschäftsstelle, Lindenstr. 1. Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.

**Abt. Köpenick, Abt. Bohnsdorf:** Freitag, 30. März, Generalprobe bei Schola, Bohnsdorf, Dorffstr. um 19 Uhr. Der Gruppenabend fällt aus. Wir bitten dort nach Möglichkeit um Abrechnung der Karten. — Sonnabend, 31. März, Frühlingsfeier mit der G.M. im Lokal Schola, Bohnsdorf, Dorffstr. (großer Saal), Beginn 20½ Uhr, Eintritt: Kinder 15 Pf., Erwachsene 30 Pf. Karten sind bei den Kindern, den G.M.-Mitgliedern und beim Genossen Juchacz, Neue Str. 7, zu haben. Wir bitten um regen Besuch der Veranstaltung.

**Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation**

8. **Abt.** Donnerstag, 29. März, 19½ Uhr, findet die Einäscherung unseres verstorbenen Genossen Julius Hermann im Krematorium Gerichtstraße statt. Wir bitten um rege Beteiligung.

31. **Abt. Charlottenburg.** Die Trauerfeier für unsere so plötzlich verlebte Genossin R. K. K., Klaus-Grath-Str. 10, findet heute, Donnerstag, 29. März, 11½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Wir bitten um rege Beteiligung.

33. **Abt. Charlottenburg.** Am 22. März verstarb unser langjähriges Mitglied August Pohl im 67. Lebensjahre an den Folgen eines Schlaganfalls. Ehre seinem Andenken!

**Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin**  
Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin O 26, Lindenstraße 3

Der Singkreis trifft sich morgen, Freitag, pünktlich 19½ Uhr, in den Städt. Lichtspielen, Kottbuser Str. 147 (U-Bhf. Dorffstr.), zur Mitwirkung an der Werkfeier.

**Bewegungsbund Prenzlauer Berg:** Übungsabend 19½ Uhr Elloffer Str. 26.

**Heute, Donnerstag, 19½ Uhr:**

**Kellerei:** Beim Oberwälder Str. 10, Einführungsabend. — **Köllnische Karte:** Beim Engelufer 24-25, „Unsere Jugendtage.“ — **Vortrag:** Beim Tüftler Str. 4-5, Funktionärliche. — **Reinhardt:** Beim Klauer Straße 18, Funktionärliche. — **Schwefel:** Beim Lindenstr. 4, Mitglieder-Versammlung. — **Reichenau:** Beim Offenbacher Str. 5a, „Reiseorganisation.“ — **Schöneberg I:** Beim Hauptstr. 15, Funktionärliche. — **Schöneberg II:** Beim Hauptstr. 15, „Staat und Nation.“ — **Steglitz:** Beim Albrechtstr. 47, Mitglieder-Versammlung. — **Schlesener:** Rothwälder, Feinamer Straße, „Lebensreform.“ — **Reutchen I:** Aufrechterlicher Gruppenabend beim Genossen Straube, Schulamtsstr. 53, Ecke Albrechtstr. — **Reutchen II:** Funktionärliche bei der Genossin Ullrich, Kaiser-Friedrich-Str. 51, Treffpunkt 19½ Uhr Reichspost. Die

Schulungsanstalten sind abgemeldet. — **Reutchen VI:** Köpenick, Offenbacher Str. 10, pünktlich 19½ Uhr, Vortrag des Genossen Hoff, Berliner Str. 155-156, 3. B. hinterlegt werden. — **Wittenau:** Beim Rosenfelder Str. 15, „Unser Volk.“

**Öffentliche Werbeveranstaltungen**  
heute, Donnerstag, 19½ Uhr:

**Tempelhofer:** Frühlingsfeier bei Richter, Am Tempelhofer Park 26. Eintritt 40 Pf.

morgen, Freitag, 30. März:

**Kellerei II:** Frühlingsfeier in der Aula des Gymnasiums Gleimstr. 49. Werbebesitz Reutchen: Begrüßungsfeier für Schulklassen im Sozialbau, Dorffstr. 147.

**Programm:** Ball, Rezitationen, Ansprache, Liebesgut-Lied, Volkstänze, Chorgesänge, Festspiel u. a.

## Für die Schule

**Schüler-Sport-Anzug**  
mit Breeches-od. Knie-Hose,  
modern gem.  
Cheviot Gr. 38  
Mk. 33,-

**Sport-Anzug**  
mit gefütterter Golf-Hose, rosa  
brauner Cheviot mit  
flatt. Oberkante Gr. 38  
Mk. 43,-

**Kieler-Anzüge**  
reine Wolle  
Melton Cheviot  
für 6 Jahre  
Mk. 43,- 36,-

**Jacken-Anzüge**  
karierter moderne  
Cheviots für 6 Jahre  
Mk. 27,- 23,-  
19,-

## Leineweber

Berlin C. Köllnische Fischmarkt 4-6

# Was sagt der Bär?

Hohe  
Gegenleistung für  
sein gutes Geld ist  
des Rauchers  
berechtigte Forde-  
rung. Seine Frage:  
**Fahre ich mit  
Josetti Juno gut?**  
Findet ein  
überzeugtes Ja  
in der Feststellung:

## JOSETTI JUNO

Berlins meistgerauchte  
4.8 Cigarette

KON  
LINON

Sie sparen  
alle Zutaten

Suma  
schafft

Ihnen  
doppelt so viel  
waschkräftige  
Sauge!

## SUMA hilft Ihnen sparen-

Sie schonen  
Ihre Wäsche

es gibt keinen wahren Satz als diesen! Betrachten Sie die Bilder und hören Sie folgende Tatsachen: Sie brauchen für einen gewöhnlichen Waschkessel (Inhalt 40 Liter = 4 Eimer Wasser) nur ein Paket Suma. Kein anderes Waschmittel reicht so weit.

Sie brauchen auch keinerlei Zutaten — vor allem nicht künstliche Bleichmittel! Suma wäscht allein. Es enthält beste Seife in überaus reichlichem Maße, und zufolge seiner Eigenart bildet es im Kessel Millionen Bläschen, die den Schmutz lockern, absaugen und emportragen — allen Schmutz!

Suma schont die Wäsche in bisher unbekanntem Maße: jedes Fädchen bleibt unversehrt. Suma schützt Sie daher gegen vorzeitige Wäschezerstörung.

Suma hilft Ihnen also tatsächlich sparen!  
Preis nur 50 Pfennig.

## SUNLICHT GES. MANNHEIM

Sa 210





# Teure Kreditwirtschaft.

## Ein Nachwort zu den Großbankabschlüssen.

Es ist in Deutschland noch sehr wenig beachtet worden, daß während die Industrie und der Handel in den Jahren von 1924 bis 1927 nicht nur unzählige große und kleine Zusammenbrüche, sondern auch ungeheure Konzentrationsvorgänge aufzuweisen hatten, bei den großen deutschen Banken weder ein einziger Zusammenbruch eintrat, noch irgendwelche nennenswerte Konzentration erfolgte. Im großen und ganzen haben sämtliche deutschen Banken in diesen Jahren der Sanierung und der oft sehr verlustreichen Zusammenschlüsse glänzend abgeköpft.

Noch weniger wird an die Ursachen dieser Vorgänge gedacht. Man könnte das zweifellos jahrelang bestehende Kreditmonopol, das den Banken die Aufrechterhaltung einer weiten Zinsspanne erlaubt hat, zur Erklärung heranziehen. Aber es ist kein Zweifel darüber, daß schon seit dem Jahre 1926 sich die Konkurrenz in der Bankwirtschaft außerordentlich verflärkt hat. So bleibt in der Tat kein anderer Grund für die glänzende Entwicklung der deutschen Privatbanken, als daß im Jahre 1924 die Vorkriegskapitalien außerordentlich scharf zusammengelegt worden sind, gegenüber 1913 im Durchschnitt auf ein Drittel, was relativ niedrige Dividendenansprüche zur Folge hatte, so daß die Banken für die Verzinsung des Eigenkapitals aus ihren Ueberschüssen nicht in Verlegenheit zu kommen brauchten.

### Falsche Schlüsse.

Leider wird aus diesen Tatsachen vielfach der absolut falsche Schluß gezogen, daß die private Bankwirtschaft in Deutschland in sich gesund sei und auch volkswirtschaftlich zweckmäßig arbeite. Der Wohlstand für die volkswirtschaftliche Gesundheit und Angemessenheit des Bankwesens ist der Preis, zu welchem die Banken ihre Geschäfte für ihre Kundenschaft erledigen. Der beste und sicherste Anhaltspunkt dafür, wie hoch dieser Preis ist, ist auf der einen Seite der Vergleich der den Banken zur Verfügung gestellten fremden Gelder und auf der anderen Seite der Vergleich der Einnahmen aus Zinsen und Provisionen. Die übrigen Geschäfte der Banken, insbesondere das Effekten- und Konfortialgeschäft läßt man zweckmäßig weg, da die Erträge aus diesem Geschäft von den Banken in der Regel in ihren Bilanzen nicht ausgewiesen werden.

Eine günstige Gelegenheit zu diesem Vergleich sind die kürzlich vorgelegten Abschlüsse der sieben Berliner Großbanken mit den entsprechenden Ziffern des Jahres 1913, wobei sich der die Rechnung erleichternde Zufall ergibt, daß die zur Verfügung stehenden fremden Gelder 1927 wieder fast genau dieselbe Höhe erreicht haben wie im Jahre 1913. Die von uns verwendeten Ziffern entnehmen wir einer kürzlichen Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“, die bei den Ziffern für 1913 alle inzwischen erfolgten größeren Fusionen mit berücksichtigt hat.

Für unsere Ueberlegungen kommt es nicht darauf an, ob diese Ziffern auf 1 oder 5 Millionen genau stimmen oder nicht; entscheidend sind nur die Größenverhältnisse. Und da zeigt sich denn etwas volkswirtschaftlich außerordentlich Ueberraschendes.

Für die sieben Berliner Großbanken ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

	1913	1927
Eigenkapital . . . . .	2338	813 Millionen M.
Kreditoren und Akzepten . . . . .	8608	8562
Einnahmen aus Provisionen . . . . .	112	232
Einnahmen aus Zinsen . . . . .	209	186
Provisionen u. Zinsen zusammen . . . . .	321	418
Steuern . . . . .	20	50
Einnahmen ohne Steuern . . . . .	301	368
Umkosten . . . . .	118	318

Die den sieben Berliner Großbanken zur Verfügung stehenden fremden Gelder sind mit 8562 Ende 1927 gegen 8608 Millionen Ende 1913 ungefähr gleich hoch. Die Gesamteinnahmen aus Provisionen und Zinsen sind aber mit 418 gegenüber 321 Millionen um fast 100 Millionen höher. Die Umsätze, die von den Banken in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden, sind mit 318 gegenüber 118 Millionen im Jahre 1913 um 200 Millionen höher. Daraus ergäbe sich eine Verteuerung der der Volkswirtschaft von den sieben Großbanken geleisteten Kreditdienste um nicht weniger als 297 Millionen Mark in einem Jahre. Und die Aussicht ist in der Tat fast grauenhaft zu nennen, wenn man daran denkt, daß eine entsprechende Verteuerung des Kapitalumlaufes in Deutschland nicht nur jahrelang bestanden hat, sondern darüber hinaus, wenn die öffentliche Kritik nicht den Finger auf die Wunde legt, unbesehen auch jahrelang weiterbestehen kann.

Nun ist es sicher, daß die deutschen Banken gegenüber diesen Ziffern sich sofort darauf berufen werden, daß die Steuern gegenüber 1913 enorm gestiegen seien. Wir sind es ja gewöhnt, daß der Hinweis auf die Steuern und auf die Verschwendung der öffentlichen Hand immer dazu herhalten muß, tausend Dinge zu entschuldigen, die die deutschen Unternehmer zu verantworten hätten. Deshalb ist es zweckmäßig, die Steuerkosten in den beiden Vergleichsjahren voll in Abzug zu bringen. Aber auch dann ergibt sich noch eine Verteuerung gegenüber dem Jahre 1913 um rund 267 Millionen Mark. Selbst wenn man nun auch für die Soziallasten einen Abzug macht, bleibt eine Verteuerung der von den Großbanken der Volkswirtschaft geleisteten Dienste, die einfach als unerträglich bezeichnet werden muß.

Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß von 1924 bis 1927 die größten Schwierigkeiten für die deutschen Banken unermesslich gewesen wären, selbst trotz dieser enormen Verteuerung der von ihnen geleisteten Dienste, wenn sie ihr eigenes Kapital, das mit Dividende versehen werden muß, auch nur annähernd so hoch bemessen hätten wie im Jahre 1913. Aber in der niedrigen Bemessung des eigenen Kapitals liegt noch kein Verdienst. Es wird dadurch nichts daran geändert, daß der Dienst, den die Banken ihrer Kundenschaft heute, wo man wieder von einer normalen Wirtschaft sprechen kann, mit einem Preise bezahlt wird, der die Befundung der Gesamtwirtschaft aufs schwerste hemmen muß.

## Der Ruhrkrust noch stark beschäftigt.

### Herr Böglert zur Lohnpolitik. — Ein Abkommen mit Krupp.

In der Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. erklärte Dr. Böglert, daß das neue Geschäftsjahr bisher günstig verlaufen sei. Das zweite Vierteljahr (Januar bis März) werde für Kohlen und Rots, für Eisen und Rohstahl etwa die gleichen Ziffern ausweisen, wie sie für das erste Vierteljahr bekanntgegeben wurden. Auch der Umsatz werde entsprechend günstige Ergebnisse bringen. Die Preise im Ausland seien für die meisten Wertserzeugnisse nicht unwesentlich gestiegen, und im ganzen könne der zukünftigen Entwicklung mit ruhiger Zuversicht entgegengesehen werden.

Herr Böglert vertritt die Ansicht, daß es volkswirtschaftlich viel richtiger sei, mehr Leute bei nicht zu hohen, aber auskömmlichen Löhnen zu beschäftigen, um so mehr, als Deutschland schon jetzt mit den Lohn- und Soziallasten an der Spitze der europäischen Länder stehe. Wir sind erfreut, daß Herr Böglert auskömmliche Löhne wünscht. Wir hoffen, daß er deshalb seinen Bergarbeitern eine entsprechende Erhöhung der Löhne nicht verlagern wird. Wir können nicht annehmen, daß er die heutigen Löhne für auskömmlich hält. Denn einmal ist es nicht wahr, daß der Deutsche Lohn- und Sozialindex an der Spitze der europäischen Länder steht — England und die nordischen Länder haben erheblich günstigere Ziffern, England sogar eine größere Sozialbelastung — und zum anderen haben die Löhne der Bergarbeiter den Reallohn der Vorkriegszeit noch kaum erreicht.

Böglert wehrte sich dagegen, daß das Kapital der Vereinigten Stahlwerke zu hoch angesetzt sei. Der Wert der den Vereinigten Stahlwerken gehörenden Bergwerke allein betrage etwa 600 bis 700 Millionen, und die Kapitalbelastung auf die Tonne Rohstahl betrage in England und Amerika 100 M. mehr als etwa in Deutschland. Herr Böglert begibt sich hier offenbar in den fehlerhaften Zirkel, den Wert deutscher Werks- und Bergwerksanlagen nach den Wiederbeschaffungskosten einzusetzen zu wollen, was für das heutige Deutschland eine absolut unmögliche Rechnung wäre.

An der Generalversammlung wurde auch ein Abkommen genehmigt, das zwischen den Vereinigten Stahlwerken und dem Krupp-Konzern geschlossen wurde. Danach verkauft der Stahlverein an die Friedrich-Krupp A.-G. 500 Auzer der Gewerkschaft Emscher-Rippe und erhält dafür, wie gemeldet wird, vom Krupp-Konzern den Betrag von rund 30 Millionen Mark. Wir wissen nicht, woher der Krupp-Konzern diese riesenhafte Summe nimmt, glauben aber annehmen zu dürfen, daß auch ihm genügend Ueberschüsse zur Verfügung stehen, um zum sehr großen Teil aus laufenden Mitteln, ohne daß die Dividende dadurch leidet, seine Kohlenbasis vergrößern zu können. Außerdem findet ein Kaufgeschäft zwischen den beiden Konzernen statt. Die Vereinigten Stahlwerke geben dem Krupp-Konzern ihre 43prozentige Beteiligung an der Norddeutschen Hütte A.-G. in Bremen und erhalten von Krupp dafür ein größeres am Rhein bei Duisburg gelegenes Gelände, das die Vereinigten Stahlwerke für ihre Zwecke dringend braucht. Schließlich scheint noch ein weiteres Zusammenarbeiten der beiden Konzerne beabsichtigt zu sein, insbesondere in Siegerland.

## Der Appetit kommt beim Essen.

### Eisenwerke Buderus und die Siegerland-Subventionen.

Wie wir bereits kurz mitteilten, hat die Eisenwerke Buderus A.-G., das führende Erzbergbau- und Eisenverarbeitungsunternehmen des Siegerlandes, das Jahr 1927 mit einem Reingewinn von fast zwei Millionen Mark abgeschlossen und daraus zum ersten Male seit der Stabilisierung eine Dividende von 5 Proz. gezahlt.

Wie zu erwarten war, befaßt sich der Geschäftsbericht der Verwaltung eingehend mit der Staatsubvention, die vom April bis Oktober 1927 nach und nach abgebaut wurde. Natürlich bedauert die Verwaltung die Verstopfung dieser staatlichen Geldquelle sehr und verteidigt sich sogar zu der Behauptung, die Regierung sei mit ihren Hilfsmitteln auf halbem Wege stehen geblieben, anstatt die Subvention solange weiterzuzahlen, bis die Vorkriegsproduktion wieder erreicht wäre.

Auf die ewigen Klagen der Unternehmer über die Löhne und Soziallasten einzugehen, erübrigt sich. In dem Maße der Buderuswerke aber können die in herausforderndem Ton vorgebrachten Klagen der Verwaltung nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Die Herren von der Verwaltung scheinen ganz vergessen zu haben, daß sie über ein Jahr lang mit öffentlichen Geldern, also letzten Endes auch mit den Steuergroschen ihrer Belegschaften gefüttert wurden. Im Übrigen sollten die Unternehmer einmal den Mut haben, mit realem Zahlenmaterial herauszurücken. Wenn die Verwaltung die Stelung der Metallarbeiterlöhne in den letzten drei Jahren mit 63 Proz. angibt, so befaßt das gar nichts, denn auch der engherzigste Verbandsfunktionär weiß, daß das Lohnniveau von Anfang 1924 überhaupt keine Existenzbasis bieten konnte.

Daß die Buderuswerke außer dem ausgewiesenen Reingewinn auch noch genügend Mittel für den Ausbau der Betriebe übrig hatten, beweist die Investition von 1,5 Millionen Mark in den Anlagen, die sämtlich aus laufenden Gewinnen „über Betrieb“ bezahlt wurden. Auch der Stand der Betriebsmittel ist günstig. So gingen die Schulden von 11,2 Millionen auf 10,7 Millionen Mark zurück, während die Forderungen sich trotz beträchtlich erhöhter Vorräte nur von 22,9 Millionen auf 22,4 Millionen Mark erniedrigten. Die Gesamtbilanz des Konzerns belief sich zum Jahresende auf 9400 Mann.

## Bauunternehmen des Sprifkonzerns.

### Dividendenpflaster auf Aktionärswunden.

Eheschließungen und Industriefusionen haben manchmal eine jappante Beinhaltigkeit. Nämlich in den Fällen, wo der eine seinen Namen und der andere sein Geld ergibt. Nicht anders war es bei der Zwangsfusion der Held u. Franke A.-G., Berlin, mit der Industriebau-A.-G. in Berlin. Held u. Franke hatten auf dem Baumarkt einen sehr guten Ruf, aber große Ebbe in der Kasse; die Industriebau-A.-G. dagegen brauchte als Baufirma des Schultheiß-Ostwerke-Konzerns mit Geldsorgen nicht zu rechnen, dagegen fehlte ihr noch die Tradition. In diesem Fall sollte also mit dem Zusammenschluß beiden Teilen geholfen werden. Die Geschichte hatte nur den einen Haken, daß die Industriebau-

A.-G. sich ihren Firmennamen mit Held und Franke so billig wie möglich vergolden, d. h. die Aktien nur zu einem Bruchteil ihres Wertes bezahlten wollte. Da die Gegenpartei nicht so ohne weiteres zu überrumpeln war und die Held u. Franke-Aktionäre sich gegen die „kalte Enteignung“ mit Händen und Füßen sträubten, so griff man zu kleinen, aber immer wirksamen Druckmitteln. Man verknappte der Held u. Franke A.-G. etwas den Bankkredit. Schließlich haben ja die Herren vom Ostkonzern einige Erfahrungen, wie man Fusionen macht, wenn der andere nicht will.

Da die jetzige Industriebau-Held u. Franke A.-G. als Konzernwerk der Schultheiß-Ostwerke A.-G. allein für deren Baubedarf gut beschäftigt war, außerdem aber noch von der allgemeinen Konjunktur profitierte, so ist die hohe Dividende von 10 Proz. weiter nicht überraschend. Da von dem auf 8,1 Millionen Mark erhöhten Aktienkapital 2 Millionen noch nicht begeben sind, also noch nicht mitarbeiten, konnte bei einem Umsatz von 21 Millionen Mark das Kapital also dreieinhalbmal umgeschlagen werden.

Die hohe Dividende hat also die Held u. Franke-Aktionäre für das ungünstige Umlaufverhältnis ihrer Aktien — sie erhielten auf 450 M. nur 200 M. — reichlich entschädigt, denn ihre Gesellschaft hatte ihnen vier Jahre keine Dividende gezahlt. Das Nachsehen haben auch in diesem Falle wieder einmal die Arbeitnehmer, denn unmittelbar nach der Fusion gab Held u. Franke einer großen Anzahl Angestellten, darunter vielen mit mehr als zehnjähriger Dienstzeit, den Laufpaß. Eine Entschädigung für diese Fusionsopfer steht natürlich nicht zur Diskussion.

## 15 Proz. Dividende des Belvetrusts.

### Das Kapital in einem Jahr verdoppelt.

Die deutsche Samtindustrie, einer der rentabelsten Zweige in der Textilwirtschaft, wird seit dem vorigen Jahre von der Mechanischen Weberei Linden A.-G. bei Hannover beherrscht, die in überaus kurzer Zeit ihre Monopolbefugnisse durchsetzte. Die wichtigste Aktion war der Ankauf der Berliner Webefabrik A. Wengers und Söhne, einer der größten und ertragreichsten Webeproduzenten Deutschlands, deren Kapital von 4,5 Millionen Mark sich heute zu 90 Proz. in den Händen der Mechanischen Weberei zu Linden befindet.

Der aus der Konjunktur, sowie der Erweiterung des Unternehmens entstehende Kapitalbedarf wurde durch zweimalige Erhöhung des Aktienkapitals befriedigt, so daß die Gesellschaft zurzeit mit 13,5 Millionen Mark, also dem doppelten Kapital des Vorjahres, arbeitet. Da die insgesamt 6,7 Millionen neuen Aktien mit 3,7 Millionen Mark zu 175 Proz. und der Rest sogar zu 225 Proz. begeben wurden, flossen der Gesellschaft rund 13 Millionen neue Gelder zu, die in der Bilanz fast ausschließlich, nämlich mit 12 Millionen Mark in neuen Beteiligungen ausgewiesen werden.

Die Samtindustrie hat schon in der schärfsten Krisenzeit 1925/26 eine hohe Rente abgeworfen und in dem Bilanzjahr 1927 erst recht. Daß die Gesellschaft trotz erheblicher Gewinnsteigerungen bei dem Dividendenfuß der letzten Jahre von 15 Proz. bleibt, hängt einmal mit der Kapitalerhöhung zusammen und ist nur die Gelegenheit eines Rechenexempels. Bei „normaler“ Dividende der Berliner Webefabrik, die 1924 und 1925 in den schlechtesten Zeiten 17 Proz. verteilte, hätte die Mechanische Weberei Linden außer ihrem Reingewinn von 2,1 Millionen Mark noch fast 700 000 Mark Dividendenfelder zu erwarten gehabt, so daß sich damit ihr Gewinnausweis entsprechend erhöhen würde. Dies wird aber sehr einfach dadurch verhindert, daß die Berliner Webefabrik wie im letzten Jahr, so auch für 1927, dividendenlos bleibt und ihre Gewinne in die Anlagen steckt.

In der Bilanz fällt außer den 12 Millionen neuer Beteiligungen die Erhöhung der Forderungen und Bankguthaben auf, die von 5,3 auf 9,2 Millionen Mark stiegen, obwohl aus den laufenden Mitteln „über Betrieb“ allein schon 600 000 Mark Zugänge für die Anlagen bezahlt wurden. Da der im Juli veröffentlichte Börsenprospekt bei 6 Millionen Mark Forderungen 2,3 Millionen Mark Bankguthaben auswies, so kann das Bankguthaben jetzt auf rund 5,5 Millionen Mark beziffert werden. Auch bei den Umsatzziffern muß man auf den Börsenprospekt zurückgreifen, dem zufolge der Umsatz von 1924 bis 1926 von 14,5 auf 17,4 Millionen Mark stieg, so daß der Umsatz im letzten Jahr mit reichlichen 20 Millionen nicht überschätzt wird. Diese Umsätze gelten jedoch nur für die Werke der Mechanischen Weberei in Linden. Die Gesamtzahl der Beschäftigten in Berlin und Hannover zusammen beträgt zurzeit etwa 3600 Mann.

Eine neue Pfandbriefanleihe. Die Preussische Zentralbankredit A.-G. Berlin legt bis zum 14. April 10 Millionen Mark Goldpfandbriefe zur öffentlichen Zeichnung auf. Diese 10 Millionen bilden einen Teilbetrag einer neuen Großemission von 40 Millionen Mark, die bereits amtlich notiert wird. Bis zum 1. April ist eine Kündigung ausgeschlossen. Es können Stücke gezeichnet werden in Beträgen von 100, 200, 500, 1000, 2000 und 5000 Mark. Die Pfandbriefe werden mit 8 Proz. verzinst, der Zeichnungsturs beträgt 98 Proz.

Die verschleierte Kohlenpreiserhöhung. Als der große Ausschuss des Reichstages die Braunkohlenbricitpreise für den Monat März nicht wie gewöhnlich von 15 auf 14 M. erniedrigte, sondern den Winterpreis beibehielt, haben wir darauf hingewiesen, daß in der Nichtgewährung dieses Frühjahrsrabattes versteckte Kohlenpreiserhöhungen zu erblicken sei. Gestern wurde gemeldet, daß die Preise für Hausbrand und Bricketts im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlengebiet für April, Mai und Juni von 15 auf 13 M. herabgesetzt worden seien. Auch hier liegt keine Preisermäßigung vor, wie der naive Leser vielleicht meinen könnte, sondern nur die Gewährung der alljährlich für diese Zeit vorgegebenen Rabatte. Die Kohlenpreiserhöhung vom März aber ist beibehalten worden, denn während früher für April bis Juni die Hausbrandbricitpreise bei 12 M. lagen, liegen sie jetzt bei 13 M. Die scheinbare Preisermäßigung ist also die alte Kohlenpreiserhöhung vom März geblieben.

Selbsthilfe der Landwirtschaft. — Gründung eines Viehhäbverbandes. Auf Anregung aus Hofbesitzkreisen ist in Hamburg ein Viehhäbverband gegründet worden, der bezweckt, den Absatz der Landwirtschaft an Schlachtwiehschindkatmähig zu organisieren und damit der Landwirtschaft eine Einflußmöglichkeit auf die Preise ihrer Erzeugnisse zu verschaffen. Der Verband soll sich über das nordwestdeutsche Gebiet erstrecken.

**Lint-Pianos** eigenes Fabrikat  
Günstigste Bedingungen  
Laden, Brunnenstr. 35.

# Hugenberg und die Preußenkasse.

## Eine Geheimverfügung aus dem Jahre 1914. — Der königl. preussische Innenminister v. Dallwitz hat Hugenberg finanziert!

Der Landtag nahm in seiner Mittwoch-Sitzung die Gesetzentwürfe über die Befolgung der Volksschullehrer, Mittelschullehrer und Gewerbe- und Handelslehrer in zweiter und dritter Beratung nach kurzer Debatte an.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Preussische Zentralgenossenschaftskasse.

Abg. Hülger-Spiegelberg (Dnt.) bekämpft die Vorlage heftig. Der Einfluss der Genossenschaften würde lahm gelegt und der neue Direktor der Preußenkasse Klepper allmächtig. Auch Schacht habe vor dem Hineintragen der Politik in das genossenschaftliche Kreditwesen gewarnt.

Finanzminister Dr. Höpfer-Uhoff: Der Einfluss der Genossenschaften wird nach der Reform größer sein als vorher. Die Vertreter der Rechtsparteien würden eine große Verantwortung auf sich laden, wenn sie die Erhöhung des Kapitals der Preußenkasse um 130 Millionen und damit die preussische Hilfsaktion für die Landwirtschaft entzwei schlugen.

Seitens der Rechtsparteien wird namentliche Abstimmung beantragt, an der die Rechtsparteien nicht teilnehmen. Das Haus ist beschlussunfähig.

Die gleiche Beschlussunfähigkeit ergibt sich bei der wiederholten Abstimmung über das Flaggengesetz.

Hierauf wird die dritte Lesung des Haushaltsplanes fortgesetzt:

### Abg. Heilmann-Berlin (Soz.):

Der deutschnationale Eintredner, Herr Schlange-Schönning, hat die Regierung wegen ihres scharfen Vorgehens gegen den Professor Dr. Helfrich in Breslau angegriffen. Ich stelle fest, daß wir bereits im Mai 1924 dem Kultusministerium mitgeteilt haben, daß Helfrich in seiner Vorlesung über Staatsrecht im Auditorium Maximum gesagt hat:

„Wo soll auch der Respekt vor den Beamten der Republik herkommen, wenn ein früherer Sattlermeister Reichspräsident und ein früherer Reisender in Spaltdorf Reichsminister wird.“

In diesem Falle ist also höchstens die viel zu lange Geduld der Regierung zu beklagen. In diesem Zusammenhang die Anfrage an die Volkspartei, ob sie noch heute zu der Rede des Abg. Dr. Weidig aus dem Jahre 1925 steht, daß die Republik keineswegs ihr Staatsideal sei und daß sie auf die Wiedereinführung der Monarchie hoffen. (Hört, hört! links.) Zur Frage der Amnestie die Feststellung, daß das Schwurgericht in Landsberg den Jemendern die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt hat, weil bei ihrer Tat politische Erregungen höchstens eine ganz geringe Rolle gespielt haben: „Vorherrschend war die unmensliche Rohheit und die brennende Mordlust.“ Wir sind für keine Amnestie zu haben, bei der solche Mordtaten wieder auf die Menschheit losgelassen werden und bedauern, daß die Kommunisten erlaubt haben, ihre politischen Gefangenen mit diesen Besten in Beziehung zu setzen. (Großer Lärm bei den Kommunisten.)

Die Sozialdemokratie im Reichstag nimmt das Rotprogramm für die Landwirtschaft an, die Deutschnationalen hier machen Obstruktion dagegen. Das große Geschrei über die Zentralgenossenschaftskasse ist uns sehr verdächtig. Ich frage:

Ist auf Geheimverfügung des preussischen Innenministers von Dallwitz dem Deutschen Verlagverein in Düsseldorf, der Zentrale des Hugenberg-Kongerns, im Jahre 1914 das Geld zum Kauf aus der Scheidemann'schen Untersuchungen statutenwidrig aus den Geldern der Preußenkasse zur Verfügung gestellt worden? (Große Bewegung.)

Ist es richtig, daß die Dokumente und Konten darüber zwar im preussischen Innenministerium, aber nicht in der Preußenkasse aufzufinden sind? (Erneute Bewegung.)

Die Außenleiter in der Verwaltung werden die Deutschnationalen wohl nicht mehr angreifen, nachdem Dr. Quack am 8. März im Reichstag die Erklärung abgegeben hat, den Deutschnationalen käme es nicht auf die Schulbildung an, sondern auf die Schule des Lebens, und es gäbe keinen häßlicheren Hochmut als den Hochmut der Bildung. (Hört, hört!) Damit aber die Deutschnationalen in Zukunft keine Verletzungen sozialdemokratischer Beamten nicht durch den Wahlkampf schleppen, besessene Geschichten oder Laffigkeiten, um die es sich dabei handelt, verlese ich von einem juristisch vorgebildeten Vordrat rechter Parteizugehörigkeit ein Schreiben an einen Berliner Rechtsanwalt. Der Vordrat bittet darin, ihm die Schreibmaschinendame auf zehn Tage zu borgen, damit sie auf der Leipziger Messe selbstkonstruierten Sodenhalter vorführen könne. (Große Heiterkeit.) Das preussische Innenministerium soll dem Vordrat wegen Aufnahme eines nicht genehmigten Gewerbebetriebs einen Verweis erteilt haben. (Erneute große Heiterkeit.) Wir machen daraus keine großen Geschichten, aber wir bitten in der nachsichtigen Beurteilung kleiner Dummheiten um Gegenseitigkeit.

Run zu dem Rechenschaftsbericht der preussischen Staatsregierung. Der Vergleich zwischen Preußen und dem Reich drängt sich auf. Im Reich die absolute Erfolglosigkeit der Außenpolitik.

An dem Tage, an dem Polen die neuen Grenzgesetze erlassen hat, die die Deutschen in Polen praktisch rechtlos machen, hat die deutschnationale Reichsregierung dem Reichstag einen Staatsvertrag mit Polen zur Annahme zugehen lassen, durch den die polnischen Landarbeiter, die vor dem 1. Januar 1919 nach Deutschland gekommen sind, den inländischen Arbeitern gleichgestellt, aber von der Lohnsteuerpflicht befreit werden. (Hört, hört! links.)

Hätte das eine Linksinregierung getan, würde die deutschnationale Volksseele wegen dieser nationalen Ehr- und Würdelosigkeit überschäumen. Auf dem Gebiet der Verfassungspolitik wagt man im Reich zwar nicht die Verfassung anzuzutasten, aber man market und listet mit ihr. So hat der Reichsinnenminister das Verbot des Wikingbundes für ganz Deutschland nach fünfmonatiger vergeblicher Erläuterung Preußens abgelehnt, obwohl der Staatsgerichtshof durch Urteil festgestellt hat, daß der Wiking in ganz Deutschland eine Geheimorganisation zum Sturz der Verfassung sei. (Hört, hört! links.) Herr von Reudell beruft sich auf die Zustände mehrerer Regierungen, daß der Wiking sich

bereits selbst aufgelöst habe. Dabei schreibt Ehrhardt unter dem 3. Januar 1928 selber: „Die Auflösung ist ein äußerlicher Akt.“ Der Brief befindet sich bei Herrn von Reudells Akten. (Lebhaftes Hört, hört!) Der Reichsinnenminister hat ferner das preussische Landwirtschaftsministerium veranlaßt, unter Umgehung des Artikels 128 der Reichsverfassung Frauen zum Amt des Fleischbeschauers nicht zuzulassen, weil ihnen die dafür erforderlichen Eigenschaften abgehen. Darüber zur Rede gestellt, hat Herr von Reudell im Reichstag erklären lassen, man dürfe den Frauen nicht zumuten, mit jedem Ochsen fertig zu werden. (Große Heiterkeit.) Hoffentlich werden wenigstens bei den Wahlen die Frauen mit den größten Ochsen fertig werden. (Heiterkeit und sehr gut! links.)

In der Zeit, in der im Reich vier Regierungen auseinandergegangen sind, hat die preussische Koalition fest und zielbewußt regiert. Der Bürgerblock im Reich beruht auf einer politischen Unwahrheit, auf der Entrüstung über Scheidemann's Rede zum Militärretat im Dezember 1926. Was inzwischen über das Treiben des Wikingbundes enthüllt worden ist und Groener selbst bestätigt hat, hat bewiesen, daß Scheidemann damals Wort für Wort recht gehabt hat. Hätte Marx damals auf ihn gehört, hätte er sich die jetzigen Skandale in der Marine ersparen können. (Sehr wahr! links.) Die deutschnationalen Pläne zur Verfassungsreform, wonach die Minister vom Reichspräsidenten ernannt werden sollen, unabhängig vom Votum des Parlaments, lehnen wir schon deshalb ab, weil dann die deutschnationale Politik noch unehrlicher würde. (Sehr wahr! links.) Schon jetzt wollen die Deutschnationalen ja nicht für

den „Fazisten“ Groener und die Wirtschaftspolitik des Herrn Curtius große Rehen. Die deutschnationale Demagogie in Wirtschaftfragen treibt unerhörte Blüten.

Die Landbundparole, daß in allen Ortschaften der Kampf zu organisieren ist durch Marschbereitschaft aller 16- bis 60jährigen, ist die nackte Aufforderung zum Bürgerkrieg. Man sucht das „Landvolk“ zu fanatisieren, damit es bei der Wahl die sozialdemokratischen Flugblattverteiler und Reichsbannerleute tollschlägt. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.)

Die Regierung muß rechtzeitig mit aller Energie dafür sorgen, daß der Wahlkampf unblutig wird. Selbst die „D.L.Z.“ hat die Erklärung abgegeben, daß diese Landbundehe sich keine Regierung gefallen lassen könne. Eine wirkliche Hilfe kann der Landwirtschaft nur werden durch steigende Konsumkraft der großen Mehrheit des Volkes, der Stadtbevölkerung. Der Kampf gegen die Sozialpolitik ist Selbstmord für die Bauern. Nur in Gemeinschaft mit Arbeitern, Angestellten und Beamten kann im deutschen Industriestaat Landwirtschaft und Mittelstand gedeihen. Das sehen in wachsendem Maße alle minderbemittelten Volksschichten ein und scharen sich deshalb in wachsender Zahl und Geschlossenheit um die deutsche Sozialdemokratie.

Im Reich herrscht die Zerfahrenheit des Bürgerblocks, hier klare republikanische Festigkeit. Dort spielt man mit der Verfassung, hier leistet man ehrliche demokratische Arbeit. Dort ist die Erfolglosigkeit, hier unser Stolz auf die großen Erfolge der preussischen Regierungspolitik. Dort sind Phrasen und Lüge, hier ist das sachliche Argument und die klare Erkenntnis wirtschaftlicher Möglichkeiten. Von blinder Leidenschaft und finstlerem Fanatismus ruhen wir die Wähler fort zu heilsichtiger Erkenntnis und zielbarer Arbeit. Nicht an einem Tage werden wir unser Ziel erreichen, aber als Resultat unferes unausgesetzten stetigen Vordringens werden wir zu dem gelangen, was wir leidenschaftlich erstreben: Den Frieden Europas, die Freiheit der Völker und den Wohlstand für alle. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

# Das Rotprogramm verabschiedet.

## Die Schlußabstimmungen im Reichstag.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung nahm der Reichstag den Haushalt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten an.

Angenommen wurden auch die Entschliessungen des Haushaltsausschusses.

Zum Haushalt des Reichstags wurde der Vorstandsantrag angenommen, den Zuschuß zur Reichswirtschaft von 35 000 auf 80 000 M. zu erhöhen, um die Weiterbefolgung der Kellner auch in der parlamentsfreien Zeit zu ermöglichen. Angenommen wurde weiter das Haushaltsgesetz, das gewisse Stärkungen der Stellung des Reichsfinanzministers bringt.

Zum Ergänzungsetz wurden auch die einen Teil des landwirtschaftlichen Rotprogramms bildenden 25 Millionen Mark für die landwirtschaftlichen Genossenschaften bewilligt.

In allen drei Lesungen wurde ein Initiativgesetzentwurf angenommen, wonach für die Durchführung des landwirtschaftlichen Rotprogramms ein 28gliederiger Reichstagsausschuß eingesetzt wird, der das Recht erhalten soll, seine Tätigkeit bis zum Zusammentreten des neuen Reichstages durchzuführen. Die Schlußabstimmung wird später stattfinden, da hier eine verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit festgesetzt werden muß.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz über die Errichtung der Rentenbankkreditanstalt. Der Ausschuß schlägt unveränderte Annahme in der Fassung vor, die der Entwurf im Reichstag gefunden hat.

Abg. Hörns (Komm.) bekämpft den Gesetzentwurf, der nur dazu dienen sollte, die Durchführung des Rotprogramms des Reichsbürgerblocks zu sichern.

### Abg. Schmidt-Röpenitz (Soz.)

weist die kommunistischen Vorwürfe zurück. Die Kleinbäuerlichen Kellner könnten gerade über die Preußenkasse zu Einfluß kommen. Die sozialdemokratische Fraktion stimme dem Gesetzentwurf und der Ausschussentscheidung zu. Was im Rotprogramm steht, seien Anleihen, die man bei der Sozialdemokratischen Partei gemacht habe. Nicht erst seit Kiel denke die Sozialdemokratie so. Die Kriesskredite seien für die Landwirtschaft nur zum Unheil; das habe schon Graf Kanitz seinerzeit ausgesprochen. Der Redner prophezeit für die kommenden Jahre den Krach in den Landbundgenossenschaften, wie er schon 1925 vielfach eingetreten sei. Bei den Arbeitergenossenschaften seien derartige Zusammenbrüche nicht vorgekommen. Das Geld der Landbundgenossenschaften sei zum Beispiel im „Kuffischen Hof“ und in industriellen Unternehmungen verpulvert worden.

Abg. Freiherr v. Stauffenberg (Dnt.) begrüßt den Gesetzentwurf.

Der Entwurf wird dann in zweiter Beratung in der Ausschussfassung angenommen.

Nach einer Mittagspause wird dann in neuer Sitzung ohne Aussprache auch die dritte Beratung bis zum Artikel 2 erledigt. Die endgültige Erledigung der Vorlage wird vertagt, da in den Schlusartikeln der Vorlage der Zeitpunkt des Inkrafttretens sämtlicher Vorlagen des Rotprogramms hineingearbeitet werden soll. Dadurch erübrigt sich das für diesen Zweck zunächst beabsichtigte Mantelgesetz.

Es folgt die Schlußabstimmung über den zur Mitwirkung beim landwirtschaftlichen Rotprogramm einzusetzenden Reichstagsausschuß. Das Haus stimmt in namentlicher Abstimmung mit 363 gegen 5 Stimmen der Einsetzung dieses Ausschusses zu.

Präsident Löbe stellt fest, daß die Bedingungen eines verfassungsändernden Gesetzes erfüllt seien.

In namentlicher Schlußabstimmung wird dann auch dem Ueberleitungsgesetz für die Strafrechtsreform mit 344 gegen 36 Stimmen zugestimmt. Auch hier sind, wie Präsident Löbe feststellt, die Erfordernisse des verfassungsändernden Gesetzes erfüllt.

Das Haus vertagt sich.

Präsident Löbe schlägt vor, auf die Tagesordnung der Donnersitzung, die um 13 Uhr beginnen soll, die dritte Beratung des Etats, die Novelle zum Tabaksteuergesetz und die dritte Beratung des Gesetzes über Schuhwaren und Rantion zu setzen.

Abg. Gelske (Komm.) beantragt, die Amnestiefrage morgen auf die Tagesordnung zu setzen, da der Rechtsausschuß seine Beratungen darüber abgeschlossen hat.

Abg. Dr. Kahl (D. P.) teilt mit, daß der Ausschuß den Amnestieantrag mit fünfzehn gegen zwölf Stimmen abgelehnt habe. (Rufe bei den Kommunisten: „Wui!“ — Präsident Löbe erklärt diesen Ruf für unparlamentarisch gegenüber einem Abgeordneten. — Abg. Torgler (Komm.): Der Ruf wendet sich nicht gegen den Abgeordneten Kahl, sondern gegen den Ausschußbeschluss.) Abg. Dittmann (Soz.) meint, daß die Amnestiefrage beim Justizetat erledigt werden könne.

Der Antrag, die Amnestiefrage besonders auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt; diese Frage soll beim Justizetat besprochen werden.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Tabaksteuernovelle; dritte Lesung des Etats für 1928 und des Budgetgesetzes für 1927.

Schluß gegen 17 Uhr.

## Aus der Partei.

### Katalog des Parteiarchivs.

Das Parteiarchiv der deutschen Sozialdemokratie, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, hat für die Archivbücherei in diesen Tagen einen neuen Katalog herausgegeben, der in erster Linie für die Besucher des Archivs bestimmt ist, darüber hinaus aber als Nachschlagewerk für private und öffentliche Bibliotheken allgemeines Interesse des In- und Auslandes erwecken dürfte. Der Katalog umfaßt XVIII und 1020 Folienseiten in Maschinenschrift und ist in 3 Halbbereindbände mit dem Aufsatz „Katalog der Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ geschmückt und solide gebunden. Er enthält die gesamte Literatur — außer der Bibliothek der ehemaligen Parteiliche — des Parteiarchivs am Jahresabschluß 1927. Nicht darin enthalten sind die Dokumenten-, Brief- und Materialiensammlungen. Gelegentlich ist der Katalog in XVI Hauptabteilungen, die der besseren Uebersicht wegen in zweckentsprechender Weise wieder in Unterabteilungen geordnet sind. Nur die Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle und deren Erläuterungen und Gegenschriften unterliegen mit wenigen Ausnahmen nicht der Systematik, sondern befinden sich unter Abschnitt „Sozialismus“.

Die Hauptabteilungen umfassen: I. Volkswirtschaft, II. Sozialwissenschaft, III. Sozialismus und Sozialdemokratie, IV. Geschichte, V. Staatswissenschaft und Politik, VI. Rechtswissenschaft, VII. Krieg und Frieden, VIII. Bildungs- und Erziehungswesen, IX. Religion und Philosophie, X. Geographie, Naturwissenschaften, Medizin, XI. Sprach- und Literaturwissenschaft, Belletristik und Kunst, XII. Allgemeines, XIII. Periodisches, XIV. Briefe, Dokumente und Materialien, wobei auf die vorhandene Kartothek verwiesen wird, XV. Nachtrag und XVI. Literatur der ehemaligen unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, die nach Kennwort alphabetisch geordnet ist. Ein Autoren- und Stichwortverzeichnis bildet den üblichen Abschluß. Alles Nähere wird in den Vorbemerkungen in ausführlicher Weise erläutert.

In Anbetracht der wiederholten Anfragen von Interessenten sei mitgeteilt, daß, um die Wünsche von Bibliotheken und gemeinnützigen Einrichtungen zu berücksichtigen, eine größere Auflage des Archivkatalogs angefertigt worden ist. Da der Katalog durch den Buchhandel nicht zu beziehen ist, sind Bestellungen direkt an das Parteiarchiv der Sozialdemokratie zu richten. Daraufhin werden dann dem Besteller die Bezugsbedingungen zugehen.



# Es fliegt mir jetzt spielend zu!

Eine junge Frau, deren Kochkunst auf noch etwas wackeligen Füßen stand, konnte seit kurzer Zeit mit schmackhaften, nett angeordneten Speisen aufwarten und erntete damit natürlich entsprechende Anerkennung. Sie verriet es freudestrahlend, daß Dr. Oetker's neues Schulkochbuch diesen Wandel geschaffen habe. In der Tat will das neue Buch, Ausgabe C, jeder Hausfrau und besonders der angehenden ein guter Ratgeber für die Haushaltsführung sein, denn es berücksichtigt die veränderten wirtschaftl. Verhältnisse, sowie die neuen Forschungsergebnisse in der Ernährungswissenschaft. Zahlreiche farbige Tafeln über Fleisch, Gemüse, Pilze, Kuchen, Torten, über die Anrichtekunst usw. vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back-

und Einnache-Rezepten. Das 150 Seiten starke Buch in dauerhaftem Pappband ist, wo nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfg. in Marken von mir portofrei zu beziehen. Dr. Oetker's Backpulver „Backlin“, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben. Viele neue und wertvolle Anregungen zum Backen bietet Ihnen das neue farbige illust. Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfg. in allen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzügl. Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten u. kochen können.

Dr. August Oetker, Bielefeld.

## Frühling im Schacht.

Von Jaroslav Haschek

Als sie die Kohle gruben im Schacht,  
erzählten sie von der Welt,  
daß rauschend das Feld über ihnen lag,  
und von Wiesengrün und der Aecker Pracht,  
und daß Lenzhauch wieder versüßend weht,  
daß draußen wieder Frühling ist.

Daß in diesem Frühling die Sträucher ausschlagen  
und auf den Bäumen spritzt das Blatt;  
es ist mit Worten nicht zu sagen,  
alles muß neue Gewänder tragen,  
und alles ist schön, überaus schön,  
— dreihundert Meter über ihnen ...

Daß plätschernd ein Bach durch Haine geht,  
in denen Veilchen blühen,  
daß der Vögel Gesang überm Lande steht  
und geheimnisvoll in der Ferne verweht,  
und daß es noch glückliche Menschen gibt,  
— dreihundert Meter über ihnen ...

(Aus dem Tschechischen überf. von Josef Ralmer.)

## Litanei um einen Anzug.

Von Walter Gofch

Erasmus Sütterlein, aus dem vierten Stock eines brustkranken  
Wohnhauses am Ende der Stadt, wollte doch auch einmal einen neuen  
Anzug haben. In dem alten sah er wirklich aus wie eine ver-  
schrumpte Pflaume; er hatte schon recht, wenn er sich einen neuen  
wünschte, und es wäre ganz in der Ordnung, wenn er ihn be-  
kommen würde. Wann?

So, wann? und wie? und wo?

Es bedarf näherer Mitteilungen, warum der Wunsch, etwas  
Notwendiges haben zu wollen, weil man es braucht und weil  
man doch nicht zur Belustigung aller Mitmenschen auf der Straße  
umherlaufen kann, in den Wind gesprochen wurde. Huch —  
huch — vorbei!

Erasmus Sütterlein war nämlich (und das ist es!) mehr oder  
weniger glücklicher Besitzer einer periodisch mißgehenden Schrift-  
stellerei, deren Fabrikation (geschütztes Warenzeichen!) dem Schicksal  
anheimfiel, früher oder später, auf Umwegen versteht sich, auf den  
Riist gemorfen zu werden. Wie schon gesagt, das Geschäft ging  
schlecht, die Konkurrenz war groß, die Gerichtsvollzieher trafen  
einem die Luft weg und die Einnahmen fluterten in die Tiefe.  
Aber das wäre noch alles zu ertragen gewesen, wenn die Kunden,  
die doch Sütterlein mit ausgefuchter Höflichkeit, Hochachtung und  
qualitätsvollerer Lieferung bediente, wenn auch nicht nach dem  
Empfang der Ware, so doch nach geraumer Zeit das von ihnen  
Erworbenes bezahlen würden. Nicht in die Tüte!

Sechzehn Verwandlungen grotesker Art hatte Erasmus  
Sütterlein hinter sich: vom Reoromantiker bis zum beamteten  
Schreibling, das Geld dreier Freundinnen gewissenlos verwirt-  
schaltet, fast jeden Abend in die Sterne gepöckelt, und nun lief er  
herum wie eine verschrumpte Pflaume und sollte über den Saum  
springen? Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er überläuft.  
Zur einmaligen Reminiscenz eines schollen Geschäftsbahrens  
werden die noch ausstehenden Honorare nachstehender Zeitungen  
unter Verantwortung des Autors öffentlich angeprangert:

1. Mitteilungsblatt des Fürstenerger Gesangsvereins „Helvetia“  
1890 E. R. Für Aufsatz: Die Bedeutung der Führeragen-  
operation in der Russl Franz Schuberts. Eine kulturhistorische Er-  
örterung. Gedruckt am 10. Oktober 1927.
2. Die gepöckelte Trommel. Zentralorgan der Föderation der  
Nationalphilosophischen Partei ultramontanen Glaubens. Für Zeit-  
ausfall: Reopolitische Glaubensbekenntnis am Himmel der ver-  
wahrlosten Völker. Gedruckt am 5. November 1927.
3. Das Glühwürmchen. Blätter für Kunst und Dichtung im  
jungen Deutschland. Publikationsorgan der Zweihundzwanzigjährigen.  
Für: III. Kapitel aus dem Roman: Die festen Spaltlinge. Ge-  
druckt am 8. November 1927.
4. Der freie Rasenreiniger. Zeitschrift des freien Rasenreiner-  
verbandes und verwandter Berufe. Sitz Berlin. Für Aufsatz: Lohn-  
kämpfe, Sozialversicherung und Profitrente des Bruttocapitals  
unter der Regierung Karl des Großen. Gedruckt am 26. Oktober  
1927.
5. Thimburger Generalanzeiger, Thimburg a. d. Schlotter.  
Für Gedicht: Unbefriedlich Herz am See. Feuilleton: Schwester  
Selene oder die Verführung im Sarggeschloß, mit Zeichnungen des  
Verfassers. Gedruckt am 21. November 1927.

Diese Leute, d. h. diese Leute, die in diesen oben genannten  
lebenswichtigen Betrieben zu sitzen, zu meinen, zu urteilen und zu  
honorieren angeheißt sind, tragen Schuld daran, daß Erasmus  
Sütterlein noch keinen neuen Anzug hat und weiter so zerhäußt  
herumlaufen muß, angeschossen wie eine Bogenschütze und zerdrückt  
und plündernd, daß einem hungrig wird. Er läuft auch, und wie er  
läuft! Die Mädchen seigten sich eins, weil ihm die Bartstoppeln  
in den Hut wachsen und er die Augen klein macht, um nicht all die  
langen Rasen der gut mit Cheviot- und Kammgarnbezogenen sehen  
zu müssen und innerlich weint vor Mut und jeden anhaben möchte,  
weil er so eine verbogene, komische, verhungelte Figur macht.

Nun ist es noch dazu kauft geworden. Himmel, der Wind  
schlägt wie ein Löffelmesser durch den dünnen, dreißigen Blun-  
der. — Sütterlein hat es endlich satt, sich weiter verlohnen zu lassen.  
Er wird sich ein Tuch drehen und es sich um den Hals wickeln und  
die Türflanke zu was benutzen, das manche Leute durchaus nicht  
vertrauen können. Im Langsamvergehen wird dann vielleicht der  
neue Anzug vor seinen Augen baumeln wie ein Luftballon.

(Aber dennoch wird um umgehende Abrechnung der noch aus-  
stehenden Honorare bereits druckgelegter Arbeiten im Interesse der  
Gläubigerhöflichkeit gebeten.)

## Roman eines Osterhasen.

Von Ernst Doserichter.

Hinter dem Auslagefenster eines Bäckereiladens sitzt ein Schoko-  
ladehase. Sein süßer Mund berührt leicht die Glascheibe. Um  
ihn herum liegt eine hellgrüne Weide von Papierwolle ausgebreitet.

Er trägt ein milchweißblaues Halsband. Zwischen seinen Pfoten  
hält er einen Korb mit drei Eiern. Rosa, lila und gelb. Er kann  
sich denken, wie er dazu kommt. Umsonst überblickt er seine ganze  
Entwicklungsgeschichte. Und vermutet — Irrtum.

Die lange Reife von Dresden nach München verbrachte er in  
einer Pappschachtel. Da roch es nach Wein und er roch nichts  
Grünes.

Jetzt blickte er durch das dicke Fensterglas auf die Straße hin-  
aus. Am Randstein spielen Nachbarskinder mit einer Hüpfhockel mit  
weißen Ransen. Ein Schuhmann geht vorbei. Er wirkt wie ein  
Kursuszeichen. In den Mittagstunden kommt aus einem Parterre-  
fenster Klaviermusik. Ein Kinderfräulein tippt: „Das Gebet einer  
Jungfrau ...“

Kengstlich sieht der Osterhase nach der Sonne hin: jetzt schaut  
sie schon durch die Auslagefenster des Friseurladens — und dann  
liegt nur noch die Schnittwarenhandlung dazwischen — und sie ist  
bei ihm — gerührt ihn zu Brei. Da wird ihm Platos göttliche  
Ideenlehre zum einzigen Trost. Und er denkt viel über seine Geburt  
nach. Wie er „wurde“. Ein siebzehnjähriges Fabrikmädchen hat  
den warmen Schokoladenteig in eine Form gegossen. Dabei dachte  
sie an eine Tanzstunde mit Grammophonmusik. So kam er zur Welt.

Vom Ladentisch her hört er die Bäckerfrau mit der Kundschaft  
reden. Sie schreibt die einzelnen Preise auf das Weiße eines  
Zeitungsrandes und zählt sie laut zusammen. Dann fällt Retall  
auf die Marmorplatte und rutscht in die Kasse ab. Dazwischen hinein  
trifft die Ladenklingel, neue Käufer kommen hinein. Jeden Vor-

mittag kauft ein Privatdozent Hausbrot. Am liebsten hat er ein  
Eckstück, das beim Hineinbeißen kracht.

Wenn die Schule aus ist, bekommt der Osterhase immer Besuch  
vors Fenster. Zwei strohblonde Mädchentöpfe, die auf dem Helm-  
weg vom Kindergarten zu ihm hereinschauen. Und wenn sie ihre  
Finger und Nasen gegen die Scheibe drücken, spürt er ihre Wärme  
hindurch. Die beiden lieben ihn und er sie auch. Von ihnen möchte  
er am liebsten gefressen werden ...

Wenn über ihm die Gaslampe zu einem dicken Mond auf-  
wacht — dann ist es Abend. Dann kauft bald die wachgelbe  
Damen Schneiderin — Liebesperlen, ein zehntel Pfund. Und nach  
eine kleine Belle — und vor seiner Nase fällt der eiserne Kolladen  
als nächtliches Gemitter donnernd herunter. Es ist Nacht im Laden  
und der Osterhase denkt: jetzt ist wieder ein Tag herum — und  
bald ist Ostern. Wenn es Osterfestabend ist, kann er nicht mehr  
verkauft werden und kann noch ein Jahr leben ...

Und schnell fällt von den Türrahmen die Zeit herab. Der Sams-  
tagormittag ist da und die Glocken läuten wieder. Da huscht eine  
Dame seiden zum Laden herein. Und mit einem Male riecht es  
überall nach blühenden Veilchen. Sie deutet auf den Osterhasen —  
und schon fällt er in einen weißen Papierlad wie in einen Gießsch-  
palt hinein ...

Draußen in einem Hausgang nimmt ihn die Besizerin her-  
aus — und beißt ihm den Kopf ab. Sein letzter Blick fällt auf  
blühende Goldblumen und es riecht nach Johannis mit Pfeffer-  
minzgeschmack.

Und da am Nachmittag die beiden Mondköpfe wieder ans  
Fenster kommen, sehen sie nur mehr die ausgelutete Spur im  
grünen Gras ...

Da gehen sie traurig nach Hause.

## Fruchtbarkeit der Vulkanasche.

Neue Forschungen des Prof. Griggs.

Nicht nur im Volksglauben, sondern auch in den Kreisen der  
Wissenschaft galten lange die Vulkanasche und auch der Aschenregen  
als außerordentlich fruchtbar. Dies war mit der Hauptursache, daß  
die Menschen sich immer wieder in die Nähe der Vulkane wagen  
und sich dort anbauen. Woher nun die durch den guten Pflanzen-  
wuchs anscheinend erwiesene besondere Fruchtbarkeit der Lava und  
der Vulkanasche kam, ist lange Zeit durch die Wissenschaft nicht ein-  
wandfrei festgestellt worden. Man nahm an, daß das üppige Wachs-  
tum im allgemeinen durch Düngestoffe veranlaßt wurde, die der  
Boden durch die Asche zugeführt bekam. Diese Theorie bestreitet  
nun zum Teil der amerikanische Forscher und Professor der Botanik  
Robert Griggs auf das energischste. Griggs hat im Auftrag der  
amerikanischen Gesellschaft das Vulkangebiet des Katmai auf der  
Hawabine Alasta in jahrelanger Arbeit studiert. Er hat auch mit  
der dort in gemäßigten Breiten ausgedehnten Vulkanasche genaue  
Versuche und chemische Analysen vorgenommen. Auch er hatte  
beobachtet, daß der Pflanzenwuchs, der durch die oft 25 Meter hohe  
Aschendecke fast völlig vernichtet war, schon zwei Jahre darauf wie-  
der üppig sproßte. Das Gras stand höher als je vor dem Aschen-  
regen und selbst die wild wachsenden Früchte zeigten eine Größe,  
wie man bisher nicht beobachtet. Trotzdem ist er der Ansicht, daß  
der Glaube an die besondere Fruchtbarkeit der Vulkanasche ein Irr-  
tum ist. Für die Vulkanasche, die aus feinstem Asche besteht, gibt  
er die Fruchtbarkeit zwar zu, da die fruchttragende Kraft des Bodens,  
der aus vermittelter Asche besteht, allgemein bekannt ist. Der  
Trugschluß liegt nun aber darin, daß man bisher meist annahm,  
die Aschenwolken seien von derselben Gesteinsstruktur wie die  
Basaltlavaflüsse. Gerade die Forschungen Prof. Griggs zeigen, daß  
die Aschensteine einen außerordentlich mannigfachen Charakter  
aufweisen können. Es gibt Aschensteine, die alle Bestandteile  
eines fetten Bodens enthalten, aber es gibt auch andere, die eben-  
so unfruchtbar sind, wie reiner Sand. Gerade die Vulkanasche am  
Katmai zeigte im wesentlichen bei der Analyse eine Zusammen-  
setzung, die etwa dem Granit entsprach, also einen durchaus un-  
fruchtbaren Boden bildete.

Aber diesen chemischen Untersuchungen stand die unlegbare  
Lachase eines starken, neuen Pflanzenwuchses, einer nach dem Aus-  
bruch besonders üppigen Vegetation gegenüber. Prof. Griggs  
untersucht deshalb noch besondere Versuche mit Pflanzenkulturen,  
indem er in einzelnen Gläsern Weizenkörner großzog. Dabei ergab  
sich, daß die in Vulkanasche gepflanzten Weizenkörner genau so  
schnell rot wurden und aus Ranget an Nahrungstoffen einatmen,  
wie die Vergleichspflanzen, die in reinen Quarzsand geat waren.  
Erst durch die Hinzugabe von Düngesalzen, von Stickstoff, Kali  
und Phosphor ließ sich ein normales Wachstum der Pflanzen er-  
zielen.

Prof. Griggs fand also vor einem Rästel, denn trotz der Un-  
fruchtbarkeit der Vulkanasche war nicht zu leugnen, daß das Gras  
doppelt so hoch stand wie früher und die Brombeeren doppelt so  
groß waren wie vor dem Aschenfall. Griggs suchte deshalb die  
Ursache für diese Förderung des Pflanzenwuchses nicht mehr in der  
Beschaffenheit der Asche, sondern in einer anderen Wirkung, die  
sie auf das Pflanzenwachstum ausübte. Er behauptet nun, daß diese  
Wirkung die gleiche sei wie etwa beim Strohmist. Die kleineren,  
nicht so lebenskräftigen Pflanzen wurden durch die Asche nieder-  
gedrückt und zerstört. Nur die schnellwachsenden und besonders  
lebenskräftigen konnten die Aschenschicht durchdringen und sich so am  
Leben erhalten. Auf diese Art war zunächst eine gewisse verstärkte  
natürliche Auslese eingetreten, die nur den besonders lebenskräftigen  
Pflanzen das Gedeihen ermöglichte. Diese Pflanzen fanden nun  
aber auch noch günstigere Wachstumsbedingungen, da ihnen keine  
feinere Konkurrenz der Nahrungstoffe des Bodens strittig mach-  
ten. Die Erklärung ist zwar einseitig und wahrscheinlich, dürfte  
aber doch wohl kaum genügen, um beispielsweise das üppig  
wachsende Gras der Wiesen zu erklären. Prof. Griggs führt zum  
Beweise seiner Theorie das Beispiel eines Baumes an, der manna  
Jahre lang mühsam um sein Dasein gekämpft hatte und nur sehr  
langsam gewachsen war. Während der ganzen Zeit hatte sein Stamm  
nur einen Durchmesser von 16 Millimeter erreicht. Als nun der  
Ausbruch kam und der Aschenregen rings um ihn herum den Pflan-  
zenwuchs vernichtete, kam für ihn die Periode einer besonders gün-  
stigen Gelegenheit zur Ausnutzung der vorhandenen Bodenträfte,  
die ihm das Gestrüch und Gestrüpp bisher geraubt hatten und er  
entwickelte in den kommenden Jahren fünfmal soviel Holz wie  
früher. Im Zeitraum von vier Jahren hatte er den in manna  
Jahren erworbenen Durchmesser mehr als verdoppelt. Für diesen  
Einzelfall ist die Erklärung gemäß zutreffend. Aber auf dem Wiesen-  
gebiete liegen die Dinge eben anders, oder wenigstens glaubte man  
bisher, daß sie anders liegen. Prof. Griggs behauptet aber nun,

daß auch für das Wachsen der Gräser auf den Wiesen daselbst gelte:  
daß durch Versuche nachgewiesen sei, daß der Weizen nicht zu-  
sammenziehender Gewächse, auch der Gräser einer Wiese, in außer-  
ordentlichem Maße wachstumshindernd wirkt. Seine Untersuchungen  
ergaben denn auch, daß nicht, wie man ursprünglich glaubte,  
die üppig wuchernden Wiesengräser ihren Urprung aus Samen in  
der Aschzone selbst genommen hatten, sondern daß auch die neuen  
Pflanzen unmittelbar aus alten Wurzeln stammten und die Aschen-  
schicht durchbrochen hatten.

Durch die Forschungen des Prof. Griggs ist das Problem der  
Fruchtbarkeit der Vulkanasche, wenn auch noch nicht völlig ge-  
klärt, so doch einer großen Schritt seiner Klärung näher gebracht  
worden. Sie zeigen zum mindesten, daß auch in der Gegend des  
Aschenregens die Schädigung des Pflanzenwuchses durch einen Aus-  
bruch niemals so groß ist wie es ursprünglich den Anschein hat, da  
stets nach ein oder zwei Jahren eine neue, meist üppigere Vegetation  
aus der Asche entsteht.

**Tollwut als Zoonoseerkrankung.** Im allgemeinen ist  
man geneigt, alle durch Parasiten usw. hervorgerufenen Erschei-  
nungen nur vom Standpunkt des Menschen aus zu beurteilen. Will  
man aber die Biologie derartiger Krankheitserreger verstehen, so ist  
es recht nützlich, die Dinge einmal von der entgegengesetzten Seite  
her, also vom Standpunkt des Parasiten aus, zu betrachten. Hunde,  
die an der Tollwut erkrankt sind, zeigen ein bestimmtes Krankheits-  
bild, das durch große Speichelfluß, unbeherrschten Wutdrüsen-  
und Schlundtrampfe gekennzeichnet ist. Diese vier Erscheinungen  
werden in ihrer biologischen Bedeutung sofort verständlich, wenn  
man sie mit dem Auge des Tollwuterregers betrachtet. Die Erreger  
zeigen eine große Vorliebe für die Speicheldrüsen und sammeln sich  
daher in großer Menge im Speichel der kranken Hunde an. Damit  
nun eine Verbreitung der Erreger möglich ist — jedes Gebewesen hat  
ja das Bestreben, sich zu vermehren und auszubreiten —, müssen sie  
auf andere Tiere oder Menschen übertragen werden. Dies geschieht  
durch den Biss, und zwar nur dann, wenn sie in eine tiefe Wunde  
gelangen. Für den Tollwuterreger ist somit die Speichelfluß des  
Hundes von größtem Vorteil. Der gewaltige Wutdrüsen des er-  
krankten Hundes, der ihn zwingt, an einem Tage oft 50 bis 100 Al-  
liter zurückzulassen, dient ebenfalls zur Verbreitung der winzigen  
Krankheitserreger. Und schließlich verhindern die Wutdrüsen und  
die starken Schlußschmerzen, daß die Erreger gerade zu der Zeit,  
wo sie sich gerade massenhaft im Speichel angelagert haben und  
gewissermaßen auf Verbreitung „warten“, durch das Schlucken in  
den Magen befördert werden, wo sie unfruchtbar würden. Die Krank-  
heitserreger, die durch die Tollwuterreger hervorgerufen  
werden, sind also für die Erreger selbst außerordentlich zweckmäßig  
und vorteilhaft. Die Tollwuterkrankungen stellen nicht nur einfache  
Reaktionen des befallenen Hundes auf die eingebrungenen Schädlinge  
dar, sondern sie erreichen in erster Linie den Krankheitserreger  
zum Vorteil. Es liegt in diesem Falle ganz so aus, als ob die Para-  
siten den Wirtskörper (also den Hund) zwingen, sich ganz in den  
Dienst ihrer Zwecke zu stellen. Man spricht in diesem Falle von einer  
fremdbenutzlichen Zweckmäßigkeit der Krankheitserreger.

**Moses und die Landbewirtschaftung.** Bekanntlich blüht ein Acker  
allmählich seine Fruchtbarkeit ein, wenn Jahr für Jahr allmählich die  
selbe Pflanzenart auf ihm gebaut wird und wenn zudem noch die  
Düngung mangelhaft ist. In der Gegenwart wird eine dauernde  
Ausnutzung des Bodens durch den intensiven Betrieb der Land-  
wirtschaft nur dadurch möglich, daß man eine regelmäßige Frucht-  
wechsel übt, das heißt, von Zeit zu Zeit eine andere Pflanzengattung  
auf dem Felde anbaut; außerdem verhindert die künstliche Düngung  
ein Unfruchtbarwerden des Bodens. Wenn dagegen früher ein Acker  
seinen rechten Ertrag mehr abwarf, dann ließ man ihn einfach eine  
Zeitlang liegen, bis sich von selbst wieder der nötige Vorrat von  
Pflanzennährstoffen im Boden angeammelt hatte. Dieses Broch-  
liegen der Felder war im alten Israel durch die Gelehrsamkeit Moses  
genau geregelt. Es bestand die höchst vernünftige Bestimmung, daß  
in jedem sechsten Jahr der Boden nicht bearbeitet werden darf,  
sondern sich selbst überlassen bleiben muß. Dieses sogenannte Sche-  
mitjahr hatte vor allem den Zweck, die Bodenfruchtbarkeit zu er-  
halten, also Raubbau zu verhindern. Das ganze Land war in Be-  
zirke eingeteilt, die nacheinander in verschiedenen Jahren nicht bebaut  
wurden, so daß immer nur ein Teil der Felder brach lag und niemals  
Nahrungsmangel eintreten konnte. Diese geographischen Woh-  
nahmen zeigen deutlich, daß man schon vor Jahrtausenden bemüht  
war, eine vernünftige Bodenbewirtschaftung auszuüben.

Der Sohn des Menschenfressers, Buntkitt, die mittelherrliche  
Geräte, war einer der arglistigsten Menschenfresser der Fisch-  
Anfänger. Jetzt wird aus Gomai, dem Hauptort der Inselgruppe,  
berichtet, daß Daniel Buntkitt, der 70jährige Sohn des berühmten  
Kannibalen, für seine Verdienste um die katholische Kirche von der  
römischen Kurie mit der Medaille „Bene merenti“ ausgezeichnet  
worden ist.

